

Solarbrief-Sonderheft

Aktualisierte Neuauflage, Oktober 2005





Wichtige Vorab-Information

In diesem Sonderheft geht es NICHT um die Markteinführung der Solarenergie, sondern um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das bisherige Konzept ständigen exponentiellen Wirtschaftswachstums stößt in einer real begrenzten Welt auf unauflösbare theoretische Widersprüche und lässt sich auch in der praktischen Anwendung offensichtlich schon jetzt nicht mehr durchhalten. Deshalb gilt es, die eingefahrenen Gleise zu verlassen.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) stellt ein anderes Konzept vor, an dessen interdisziplinärer Erstellung

Wirtschaftler, Physiker, Mathematiker und Ingenieure gemeinsam gearbeitet haben.

Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde, die Idee weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu haben wir drei Aufsätze zum Thema gründlich aktualisiert und in diesem Sonderheft zusammengefasst. Sie können weitere kostenlose Exemplare dieses Heftes anfordern. Sie können sich auch durch eine Spende an der Fortsetzung der Aktion beteiligen.

Sie können Vortragsveranstaltungen organisieren und Herrn Dr. Grahl oder Herrn von Fabeck als Referenten einladen.

Inhaltsverzeichnis

3 Moderne Wirtschaft - Veraltetes Steuersystem: Editorial von Wolf von Fabeck

4 Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit - Aber wie?

Wie Arbeitslosigkeit entsteht und wie sie beseitigt werden kann: Von Wolf von Fabeck
Zusammenfassung auf Seite 11

24 Umsteuern durch Energiesteuern

Eine Alternative zu Neoliberalismus und Neokeynesianismus: Von Jürgen Grahl

Mehr Informationen?

Rundmails (kostenlos)

- Energiemails** zu allgemeinen Fragen der Energiewende und der Energiebesteuerung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit
- Betreibermails** zu technischen, rechtlichen und steuerlichen Problemen der Solaranlagenbetreiber
- Pressemitteilungen** zu allgemeinen Fragen der Energiewende und der Energiebesteuerung

Zeitschriften

- Sonderheft** „Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit“ (kostenlos, auch mehrere Exemplare möglich)
Spende willkommen - siehe Impressum
- Solarbrief** - vierteljährliche Zeitschrift des SFV
(Werbeexemplar anfordern!)

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel: **Fax**

E-Mail:
(bitte deutlich schreiben)

Per Post, Fax oder E-Mail an:

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Herzogstr. 6,
52070 Aachen, Fax: 0241-535786, zentrale@sfv.de

Impressum

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV)

Bundesgeschäftsstelle, Herzogstraße 6, 52070 Aachen
Tel.: 0241 / 51 16 16, Fax: 0241 / 53 57 86
E-mail: zentrale@sfv.de, Internet: <http://www.sfv.de>
Zeitschrift: Solarbrief

SFV-Mitgliedschaft:

Jahresbeitrag: 61,36 Euro (ermäßigt: 23,01 Euro)

Sonderheft (aktualisierte Neuauflage: Solarbrief 1/04):

„Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit“
Fordern Sie weitere Exemplare an!

Spenden zur Weiterführung der Aktion sind willkommen
Spendenquittung wird auf Wunsch zugesendet.

Bankverbindung:

Pax-Bank Aachen, BLZ 370 601 93, Kto.: 100 541 50 19

Beiträge von:

Wolf von Fabeck (ViSdP) und Dr. Jürgen Grahl

Layout: Susanne Jung

1. Auflage (2004): 5000 **2. Auflage (2004):** 1000
3. Auflage (2005): 6000 **4. Auflage (2005):** 5000
5. Auflage (2005): 2000

Erscheinungsdatum 5. Auflage: Oktober 2005

Druckerei:

MOEKER MERKUR GmbH

ISSN 0946-8684



Moderne Wirtschaft - Veraltetes Steuersystem

Editorial von Wolf von Fabeck

Manchmal gelingt aus einer anderen Perspektive ein erhellender Blick auf schwierige Zusammenhänge. Was bisher unendlich kompliziert erschien, wird plötzlich durchsichtig und begreifbar. So geht es uns Fachleuten aus der Solarszene, wenn wir uns nicht nur für die Gewinnung, sondern auch für die Verwendung von Energie interessieren und einen Blick in das komplizierte Räderwerk der Wirtschaft tun. Den Ingenieur interessiert natürlich besonders deren Antriebsmaschine.

Der Antrieb unserer Wirtschaft erfolgt - wie sich das für eine moderne Maschinerie gehört - längst nicht mehr durch Sklaven oder Galeerensträflinge, durch Zugochsen oder durch Pferdegespanne, und kaum noch durch die Muskelkraft der Arbeiter, sondern fast ausnahmslos durch Energie, nämlich Öl, Kohle, Erdgas und Strom aus den unterschiedlichsten Quellen. Und die Grundstoffe und Halbzeuge, die in den vielfältigen Unternehmen unserer Volkswirtschaft zu fertigen Produkten umgeformt werden, werden nur noch selten vom fleißigen Köhler im wilden Wald, vom wettergegerbten Steinhauer im Steinbruch oder von der emsigen Spinnerin auf dem Heidschnuckenhof bereitgestellt; sie werden vielmehr in den großen Werken der Grundstoffindustrie aufbereitet, in der Aluminiumschmelze, im Kabelwerk, in der Zementfabrik, in der Großchemie; ebenfalls mit Hilfe von Energie. Der bisherige „Produktionsfaktor Arbeit“ wird - so stellen wir fest - zunehmend ersetzt durch den Produktionsfaktor „Energie“.

Und nun die große Überraschung: Alle bei uns im Lande wissen, woher die Betriebe ihren Lebenssaft bekommen. Alle wissen, dass Energie unsere Wirtschaft in Gang hält, doch das Finanzamt besteuert weiterhin - als lebten wir noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts - den fleißigen Lohnarbeiter, den geschickten Handwerker, die aufopfernd pflegende Krankenschwester - und lässt die Energie im Wesentlichen ungeschoren. Doch, so ist es: Die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer und aus den Sozialabgaben betragen weit mehr als das Zehnfache der Einnahmen aus der Energiebesteuerung. Energie wird viel zu gering besteuert!

Unserem modernen Wirtschaftssystem steht also ein lächerlich veraltetes Steuersystem gegenüber. Und die Konsequenzen daraus sind verheerend.

Die ursprüngliche Idee der Lohn- und Einkommensteuer war es, die benötigten Gelder für die Staatsfinanzierung dort abzuschöpfen, wo die Wirtschaft ihren Antrieb hernahm; nämlich beim „Produktionsfaktor“ Arbeit. Doch weder die Wirtschaftswissenschaftler noch die Steuerfachleute haben die Konsequenzen daraus gezogen, dass für viele Bereiche der



Wolf von Fabeck ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V.

Als Fachmann für Energiefragen wirft er hier im Sinne interdisziplinärer Zusammenarbeit einen kritischen Blick auf unsere Volkswirtschaft.

Wirtschaft heutzutage andere *Produktionsfaktoren* wichtiger geworden sind als die menschliche Arbeitskraft, nämlich der Einsatz von Energie.

Wie weit sich inzwischen die Gewichte zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie auf der Nützlichkeitskala verschoben haben, zeigen wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen z. B. von W. Eichhorn und R. Kümmel. Im Durchschnitt über die gesamte Volkswirtschaft gilt danach Folgendes: Die Steigerung des Energieeinsatzes um einen kleinen Prozentsatz, z.B. ein Prozent, wirkt sich auf das Unternehmensergebnis fünfmal besser aus, als wenn man das Personal um ein Prozent aufstocken würde. Hingegen kostet diese Steigerung des Energieeinsatzes nicht einmal ein Zehntel so viel wie die Aufstockung des Personals um ein Prozent.

Kurz gesagt: Energieeinsatz lohnt mehr und wird weniger besteuert als die Beschäftigung von Personal. Da ist es kein Wunder, dass Unternehmer personalintensive Betriebe schließen und dass die Börsen die Ankündigung von Massenentlassungen durch steigende Aktienkurse belohnen. Da ist es auch kein Wunder, dass die Arbeitgeber mit zunehmender Härte fordern, alle Schutzvorschriften, die sie bei der „Freisetzung“ von Arbeitskräften behindern, wieder außer Kraft zu setzen. Und da ist es auch kein Wunder, dass die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr zunimmt und die Finanzierung der Staatsaufgaben - insbesondere des Bildungssystems und der sozialen Sicherungssysteme - immer fraglicher werden, weil ihnen die Steuerzahler abhanden kommen. Denn Arbeitslose zahlen keine Steuern mehr und erbringen keine Leistungen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Deshalb empfiehlt der SFV die Heranziehung der „Energie“ anstelle der „Arbeit“ zur Finanzierung der Staatsaufgaben und der sozialen Sicherungssysteme.

Der folgende Artikel begründet diesen Vorschlag ausführlicher. Der Artikel von Dr. Jürgen Grahl ab Seite 12 befasst sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen.



Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit - Aber wie?

Wie Arbeitslosigkeit entsteht und wie sie beseitigt werden kann

von Wolf von Fabeck

Vorbemerkung

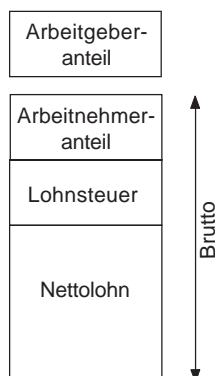
Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen, die der Autor zum Thema „Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit“ gehalten hat. Der Öffentlichkeit soll ein Lösungsansatz vermittelt werden, der in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Volkswirten, Physikern, Mathematikern und Ingenieuren erstellt wurde und ständig weiter konkretisiert wird. Hinweise zur weiteren Konkretisierung sind willkommen.

Kontraproduktiv - Umlage der Sozialversicherung auf die Arbeitgeber

Auch im vergangenen Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt weiter gestiegen. Repräsentativ für Deutschland ist somit - trotz mancher Firmenpleiten - weiterhin das erfolgreiche Unternehmen. Wir sprechen also nicht über spektakuläre Auswüchse, sondern über die statistisch belegbare Realität, wenn wir voller Betroffenheit feststellen: Unternehmer entlassen Personal trotz hoher Unternehmensgewinne.

Eine „Kapitalismuskritik“, die hier mit moralischen Argumenten ansetzt, greift allerdings zu kurz. Sie übersieht, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen genau das kritisierte arbeitsplatzvernichtende Verhalten belohnen und damit auch verantwortungsbewussten Unternehmen kaum eine Wahl lassen, wenn sie im Wettbewerb mit skrupelloseren Konkurrenten nicht zurückfallen wollen. Offenbar - und darüber sind sich alle einig - sind die Kosten für Personal zu hoch. Den Beschäftigten wird dabei nicht ihr Nettogehalt geneidet, sondern es geht um die vielen sonstigen Kosten, die dem Unternehmer entstehen, wenn er Personal beschäftigt. Letztlich stammen ja auch die Lohn- und Einkommensteuer der Beschäftigten sowie sämtliche Sozialabgaben aus dem Personalbudget des Unternehmens.

Als besonders kontraproduktiv erweist sich die Umlage der Beiträge für die Sozialversicherung auf die Unternehmen entsprechend der Zahl der Beschäftigten. Zusätzlich über den tariflich vereinbarten Bruttolohn hinaus müssen die Arbeitgeber knapp 50 % der Versicherungsbeiträge gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und altersbedingte Erwerbslosigkeit bezahlen - den sogenannten „Arbeitgeberanteil“.



Der Schlüssel, nach dem die notwendigen Versicherungsbeiträge erhoben werden, hat eine NEGATIVE LENKUNGSWIRKUNG, denn für jeden Mitarbeiter, den sie beschäftigen, müssen Unternehmer den Arbeitgeberanteil zahlen. Durch Entlassung von Personal können sie sich von dieser Verpflichtung befreien! Gesellschaftlich erwünschtes Verhalten wird also bestraft, unerwünschtes Verhalten wird belohnt.

Bundesweit beträgt der Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung fast 200 Mrd. Euro und ist damit schwererwichtiger als alle Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer oder der Mehrwertsteuer. Mit dieser geballten finanziellen Wucht werden Arbeitgeber zur Entlassung von Personal geradezu gedrängt.

Eigentlich müsste es umgekehrt geregelt sein. Eigentlich müssten Unternehmer, die nur *wenig* Personal beschäftigen, zum Ausgleich eine Art von „Sozialbeitrag“ leisten, um ihrer sozialen Verpflichtung gerecht zu werden. Doch nach welchem Bemessungsschlüssel sollen Unternehmen, die nur *wenig* Personal beschäftigen, belastet werden? Dazu stellen wir uns die folgende Frage:

- *Woher stammen die Gewinne der Unternehmen, die nur wenig Personal beschäftigen?*

Da scheint es seit Jahrzehnten einen geheimen „Personalersatz“ zu geben, der mehr leistet und weniger kostet und der damit die Beschäftigten aus ihren Stellen verdrängt. In der Begrifflichkeit der Volkswirtschaftslehre müsste man von einem „Produktionsfaktor X“ sprechen, der weitgehend den Produktionsfaktor „Arbeit“ substituiert, d. h. ihn ersetzt. (Anm.: Hier und im Folgenden ist der Begriff „Arbeit“ nicht im physikalischen Sinne zu verstehen, sondern - wie es in der Volkswirtschaft üblich ist - als Zusammenfassung der Arbeitnehmer.)

Damit die laufende Substitution ein Ende findet, müssen die Anreize abgeschafft werden. Es darf nicht sein, dass der unbekannte Produktionsfaktor X für die Unternehmen *mehr* Gewinne erbringt, aber zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben erheblich *weniger* beiträgt als der Produktionsfaktor Arbeit. Wir fordern deshalb, dass Produktionsfaktoren gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zu besteuern, bzw. mit Abgaben zu belegen sind - ähnlich wie bei der Einkommensteuer.

Doch zuerst müssen wir den unbekanntenen Produktionsfaktor X einmal identifizieren.



Die Angst vor der Steinzeit

Bereits zu Beginn der Industrialisierung hat man nach dem geheimnisvollen Produktionsfaktor X gesucht, der anstelle des entlassenen Personals die Arbeit erledigt. Einige Sozialkritiker glaubten, ihn in den Maschinen und Automaten gefunden zu haben, die den Menschen die Arbeit abnehmen. Sie haben mehrfach vorgeschlagen, diese Maschinen mit einer Maschinensteuer zu belegen. Doch sollten die Bauarbeiter wirklich wieder die Steine und den Beton als Traglasten in die oberen Stockwerke eines Neubaus schleppen, oder die Bankangestellten die Kontoauszüge handschriftlich berechnen und ausschreiben? Einerseits wünschten sich alle sehnlichst die Entlastung und Befreiung von körperlich anstrengender oder monotoner Arbeit. Andererseits aber schien die Erfüllung dieses Wunsches den Menschen die Arbeit wegzunehmen und schließlich in die Massenarbeitslosigkeit zu führen. Aus dieser vermeintlichen Zwickmühle - entweder Steinzeit oder Massenarbeitslosigkeit - konnte die konventionelle Volkswirtschaftslehre keinen befriedigenden Ausweg aufzeigen. Erinnern wir uns an ihre bisherigen Versuche:

Der Wachstumswahn

In den Jahren nach dem Wirtschaftswunder konnte man die Auswirkungen des technischen Fortschritts noch durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit auffangen. Weil die Arbeiter und Angestellten immer schneller produzierten, durften sie eher aufhören. Jetzt aber lassen sich keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen mehr durchsetzen. Stattdessen soll nunmehr das „Problem des Technischen Fortschritts“ durch kontinuierliche Steigerung von Nachfrage, Produktion und Verbrauch gelöst werden. Dies soll wie folgt funktionieren:

Wenn die Arbeiter und Angestellten immer mehr produzieren können, dann müssen sie dies - getrieben durch den Wettbewerb - auch tun. Dann muss aber die Bevölkerung, und möglichst auch das Ausland, die steigende Menge dieser Produkte kaufen; andernfalls müssen die Unternehmen ihre Produktion drosseln und Arbeiter entlassen.

Da die arbeitende Bevölkerung weitgehend mit der konsumierenden Bevölkerung identisch ist, wird sie also nun damit beschäftigt, das zu erzeugen, was sie dann gleich selber wieder verbrauchen, verschrotten oder exportieren muss. Diese Wachstumshektik wird aus zwei Gründen immer unerträglicher. Erstens zeigt sich immer deutlicher ihre Erfolglosigkeit. Trotz fast ununterbrochenen Wachstums seit dem Beginn des Wiederaufbaus nach dem Krieg nimmt die Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten zu. Zweitens verbreitet sich langsam die Einsicht, dass ständiges Wachstum - also jedes Jahr noch mehr Verbrauchen als im Jahr zuvor - zur noch rascheren Erschöpfung der Ressourcen und zur Überlastung der Biosphäre mit CO₂ und an-



deren Abfällen führen muss.

Alt Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist wohl der erste Politiker von Rang, der es öffentlich als „törichte Idee“ bezeichnet hat, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Wachstum lösen zu wollen (Ansprache auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover).

Andere „Qualität“ des Wachstums

Nach dem sogenannten Okun'schen Gesetz gibt es einen angeblich unabänderlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Bei einem Wachstum unter 2 oder 3 Prozent nehme die Arbeitslosigkeit zu, heißt es. Der gebannte Blick auf die Statistiken - auf die jährlichen Wachstumsraten und die Arbeitslosenzahlen - scheint diese Ansicht zu bestätigen. Deshalb wird weltweit mit fast religiöser Inbrunst mehr Wachstum herbeigefleht.

Die konventionelle Volkswirtschaft ermittelt allerdings das Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) ohne Berücksichtigung der Frage, was da eigentlich wächst und wie wünschenswert sein Wachsen ist. Es werden lediglich die Preise (oder Kosten) aller im Lauf eines Jahres erzeugten Produkte und Dienstleistungen ohne gesellschaftliche Bewertung addiert. Die Kosten aller Unterrichtsstunden werden bedenkenlos zusammengezählt mit den Kosten aller erzeugten Zigaretten und den Kosten für den Wiederaufbau nach einem Hurrikan. Bei dieser „wertneutralen“ Addition von Zahlenwerten ist es wohl nicht aufgefallen, dass das Wachstum immer mehr auf der Steigerung und Befriedigung kurzfristiger Bedürfnisse im Konsumbereich beruht. (Eine rühmliche, aber leider gar nicht typische Ausnahme stellt das rasante Wachstum bei der Nutzung erneuerbarer Energien im Strombereich dar.) Langfristige Bedürfnisse der Gesellschaft, wie Schul- und Berufsausbildung, Forschung und Wissenschaft, soziale Betreuung sowie ein erschwingliches Kulturangebot werden hingegen zunehmend vernachlässigt, obwohl genügend intelligente Menschen vorhanden sind, die sich dieser Aufgaben annehmen könnten. Es fehlt aber an der dazu erforderlichen Ausbildung und am Stellenangebot. Hier liegt eine grundsätzliche

Fehlsteuerung im Wirtschaftssystem vor, die dazu führt, dass das soziale Klima kälter wird, die Allgemeinbildung zurückgeht, und auch dazu, dass die Wirtschaft einen wichtigen Standortvorteil verliert, den sie im internationalen Wettbewerb benötigt, nämlich einen gut ausgebildeten Personalnachwuchs.

Vielen Volkswirten scheint dieses Hinzukommen einer völlig neuen Art von Wachstum minderer Qualität entgangen zu sein. Sie differenzieren nicht nach Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit dessen, was da wächst. Zitat: „Der technische



Fortschritt erweitert die Kapazitäten. Damit sie weiterhin ausgeschöpft werden, muss mehr produziert werden - die Wirtschaft muss wachsen“ (Prof. Dr. Holger Bonus, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Sommer 2005). So emotions- und kritiklos sieht dies die Volkswirtschaftslehre! Wer sich allerdings mit den gesellschaftlichen Effekten befasst, erkennt eine beunruhigende Entwicklung:

Verschiedene Ursachen der Arbeitslosigkeit - Direkte oder indirekte Substitution

1. Arbeitslosigkeit entstand früher fast ausschließlich dadurch, dass Menschen durch Maschinen oder Automaten ersetzt wurden, die ihnen schwere körperliche oder monotone Arbeit abnahmen. Beispiel: Der Bauunternehmer schaffte einen Baukran und eine Betonmischmaschine an und kam deshalb mit weniger Personal aus. Mit den Fortschritten der Computertechnik kam es dann auch immer häufiger zu Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen, die den internen Datenaustausch beschleunigen oder den Publikumsverkehr automatisieren, wie z. B. der Ersatz von Schreibkräften durch Textverarbeitungssysteme oder von Schalterpersonal durch Fahrkartensysteme. In allen diesen Fällen handelt es sich um eine *direkte Substitution* des Menschen durch den Produktionsfaktor X. Kennzeichnend für die direkte Substitution ist die Tatsache, dass mit ihrer Hilfe der Unternehmenszweck noch besser verfolgt werden kann.

2. Heute entsteht Arbeitslosigkeit allerdings häufig auf völlig andere Weise: Personalintensive Unternehmen wandern ab, werden geschlossen, oder werden verkleinert. Es ist nicht die Rede davon, dass der Unternehmenszweck noch besser erfüllt wird; im Gegenteil! Die bisher angebotene Dienstleistung fällt ersatzlos weg. An völlig anderer Stelle des Wirtschaftslebens nehmen Produktion und Konsum von weitgehend automatisiert hergestellten Massenverbrauchsgütern zu. Hier handelt es sich um eine *indirekte Substitution* des Produktionsfaktors Arbeit durch den Produktionsfaktor X. Reparaturbetriebe und Instandsetzungswerke verschwinden, die Zahl der Lehrer im Schulwesen und die Zahl der Wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen wird vermindert, Forschungsabteilungen werden verkleinert. Selbst die Qualitätskontrolle wird vernachlässigt; der ungeheure Image-Schaden, den Daimler-Chrysler durch seine letzte Rückrufaktion international erlitten hat - Probleme beim Bremssystem(!!!) - hätte durch eine intensivere Qualitätskontrolle vermieden werden können! Sinfonieorchester verschwinden, bei der Kriminalpolizei werden Stellen eingespart und Suchtberatungsstellen werden geschlossen, obwohl die Zahl der Süchtigen zunimmt. Die Struktur des Wirtschaftslebens und des sozialen Lebens verändert sich zu dessen Nachteil. Kennzeichnend für die indirekte Substitution ist die Tatsache, dass mit dem Schrumpfen oder Aussterben der arbeitsintensiven Wirtschaftszweige auch ihre Aufgaben vernachlässigt oder überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden.

Die unter 1. genannte Erleichterung schwerer körperlicher oder monotoner Arbeit ist als Befreiung von unnötiger Plackerei - als technischer Fortschritt im guten Sinne - zu begrüßen. Auch der Ersatz von Personal durch Computer stellt in vielen Fällen einen Fortschritt dar. Die unter 2. genannte indirekte Substitution gefährdet jedoch in fast allen Fällen die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die wirklich spannende Frage ist nun, welcher der beiden Substitutionsmechanismen wieder aufgehoben wird, wenn die Abgabenlast vom Produktionsfaktor Arbeit auf den noch unbekannteren Produktionsfaktor X verlagert wird. Werden wir eher einen technischen Rückschritt in die „Steinzeit“ erleben, werden Menschen wieder die Arbeit von Baukränen und Pressluftschlämmern übernehmen müssen, oder wird eher die Verkleinerung oder Schließung ganzer Betriebe gestoppt?

Eine einfache Plausibilitätsbetrachtung ergibt, dass die Maßnahmen nicht zurückgenommen werden, wenn sie dem Unternehmen einen hohen Vorteil bieten. Welches Straßenbauunternehmen würde schon auf den Einsatz von Pressluftschlämmern verzichten, welche Zeitungsredaktion auf Textverarbeitungssysteme? Lediglich solche Maßnahmen würden zurückgenommen oder eingeschränkt, deren Vorteil für das Unternehmen gering oder ohnehin schon mit Nachteilen verbunden war, vielleicht weil sie von der Kundschaft als zu unpersönlich empfunden wurden, z. B. Ausgabe der Mahlzeit an einer Theke anstatt persönliche Bedienung am Platz, oder Fahrkartensysteme als Ersatz für Schalterpersonal. Wenn solche Maßnahmen eingeschränkt oder rückgängig gemacht würden, kann man aber nicht wirklich von einem Rückschritt sprechen.

Die zukunftsgefährdende indirekte Substitution hingegen, die Schließung ganzer Betriebe aus Gründen zu hoher Personalkosten, lässt sich durch eine Verminderung eben dieser Personalkosten am ehesten rückgängig machen. Ihre Verminderung gar um etwa 25 Prozent (die Höhe des Arbeitgeberanteils) wird entscheidende Verbesserungen bewirken.

Solchermaßen ermutigt setzen wir nun unsere Suche nach dem geheimnisvollen Produktionsfaktor X fort, der zukünftig mit einem gewichtigen Anteil zur Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit beitragen soll.

Energie als Produktionsfaktor

Die konventionelle Volkswirtschaftslehre kennt die drei Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden.

- Zum Kapital gehören die Fabrikhallen und Maschinen.
- Zur Arbeit gehören die Beschäftigten.
- Der Boden spielt im Wesentlichen seine Rolle in der Land- und Forstwirtschaft.

Nur mit einer Kombination von Produktionsfaktoren kann Wertschöpfung erzielt werden. Dabei kommt es dann auf das optimale Mischungsverhältnis an.



Die Tatsache, dass die Existenz eines weiteren Produktionsfaktors X überhaupt erst in den letzten Jahren und nur sehr zögerlich unter Volkswirtschaftlern diskutiert wurde, zeigt die Notwendigkeit einer interdisziplinären Zusammenarbeit. Hätte man die Physik befragt, so wäre man längst auf die Lösung gestoßen: Der Produktionsfaktor X ist die Energie! Aus Sicht der Physik ist es nämlich völlig evident, dass Energie ein „Produktionsfaktor“ sein muss; die Energie sogar an erster Stelle! Ohne Energie kommt nichts in Bewegung, geschieht buchstäblich nichts! Physiker verweisen dazu auf den ersten und zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, die sich als fundamentale Naturgesetze erwiesen haben.

In der konventionellen Volkswirtschaftslehre hat die Energie bisher allerdings kaum Beachtung gefunden, weil sie so billig ist. Die meisten Volkswirte gehen nämlich davon aus, dass die Wertschöpfung eines Produktionsfaktors seinem Preis entspricht und trauen der Energie deshalb nur eine entsprechend geringe Wertschöpfung zu. Ihr Faktorkostenanteil beträgt ja nur kleine 5 Prozent. Im Vergleich zur Arbeit mit einem Faktorkostenanteil von etwa 65 Prozent scheint die Energie fast vernachlässigbar. Ausführliche ökonomische Untersuchungen haben jedoch die überlegene Wertschöpfung der Energie gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit nachgewiesen (Quellen s. Seite 19). Dieses zunächst unerwartete Ergebnis leuchtet ein, wenn man an die vergangenen Ölkrise denkt: Der Mangel an Erdöl in diesen Jahren führte in allen Industriestaaten zu einem außerordentlich starken Einbruch des Bruttoinlandsproduktes, der sich nur erklären lässt, wenn man der Energie eine hohe Produktionsmächtigkeit zuerkennt.

Die Produktionsmächtigkeit ist eine Zahl zwischen Null und 100 Prozent, welche das Gewicht angibt, mit dem prozentuale Änderungen im Einsatz des Kapitals, der Arbeit, des Bodens oder der Energie auf die gesamte Wertschöpfung einer Volkswirtschaft durchschlagen. Die Energie hat z. B. - je nachdem, welche Volkswirtschaft man untersucht - eine Produktionsmächtigkeit zwischen 31 und 65 Prozent, die Arbeit nur eine zwischen 9 und 14 Prozent. Volkswirte sprechen von Produktionselastizität statt von Produktionsmächtigkeit. Wir bleiben wegen der besseren Anschaulichkeit aber bei „Produktionsmächtigkeit“ (siehe auch Erläuterungen auf Seite 13).

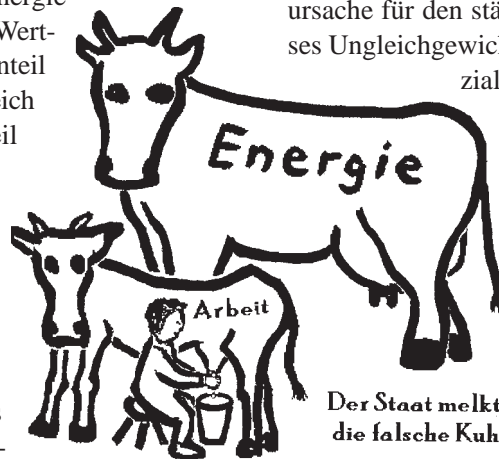
Der große Unterschied zwischen den Produktionsmächtigkeiten von Energie und Arbeit wäre nicht weiter schlimm, wenn die Produktionsmächtigkeiten den Faktorkostenanteilen entsprechen würden. Der Unternehmer könnte dann immer noch frei wählen, ob er sich schwerpunktmäßig auf den leistungsfähigeren, aber teuren Produktionsfaktor stützt, oder ob er sich für den billigen, aber leistungsschwächeren Produktionsfaktor entscheidet. Doch leider verhalten sich bei

Energie und Arbeit die Produktionsmächtigkeiten nahezu umgekehrt wie die Faktorkostenanteile. Sie befinden sich im extremen Ungleichgewicht: Der Produktionsfaktor Energie kostet weniger als ein Zehntel so viel wie der Produktionsfaktor menschliche Arbeit, ist aber rund fünf mal so leistungsfähig.

Natürlich wird jeder Unternehmer den Produktionsfaktor Energie bevorzugen, der erstens viel produktionsmächtiger und zweitens viel billiger ist. Unternehmenszweige, die vergleichsweise viel Personal benötigen, werfen weniger Gewinn ab. Sie werden aus Kostengründen verkleinert oder ersatzlos geschlossen. Das Kapital bevorzugt derzeit Unternehmen mit einem geringen Personal- und einem hohen Energieanteil.

Gegenmaßnahmen

Das Ungleichgewicht zwischen Produktionsmächtigkeiten und Faktorkostenanteilen bei Energie und Arbeit ist die Hauptursache für den ständigen Anstieg der Arbeitslosigkeit! Dieses Ungleichgewicht wird durch die Steuerpolitik und die Sozialgesetzgebung noch aktiv verstärkt, möglicherweise sogar überhaupt erst hervorgerufen.



Der Staat verletzt kontinuierlich den Grundsatz, dass er seine Steuern und Abgaben an der Leistungsfähigkeit der Besteuerten, bzw. des besteuerten Produktionsfaktors ausrichten soll und erzielt seine Haupteinnahmen ausgerechnet über die Besteuerung des schwachen Produktionsfaktors Arbeit. In der Sozialgesetzgebung büdet er zudem den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung ausgerechnet denjenigen Arbeitgebern auf, die viel Personal beschäftigen.

Ein Vergleich zeigt, dass die Arbeit mehr als zehnmal so stark wie die Energie belastet wird.

Belastung der Arbeit

389 Mrd. Sozialbeiträge
124 Mrd. Lohnsteuer
513 Mrd.

Belastung der Energie

6,60 Mrd. Stromsteuer
41,8 Mrd. Mineralölsteuer
48 Mrd.

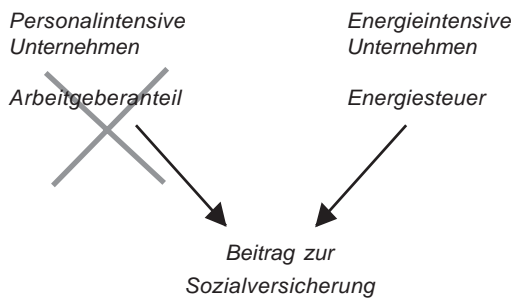
Die Therapie ergibt sich zwingend aus der Diagnose: Der Staat darf nicht länger den unverhältnismäßig teuren Produktionsfaktor Arbeit mit zusätzlichen Abgaben weiter verteuern, sondern er muss zukünftig bei der Festlegung der Steuer- und Abgabenlast nach dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren vorgehen.

Ein erster Schritt: Energiesteuer und Energiegeld

Wir schlagen vor, den bisherigen Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung nicht mehr den Arbeitgebern aufzuerlegen, sondern ihn mit Hilfe einer höheren „Energiesteuer“ durch den Staat zu finanzieren. So werden vornehmlich die arbeitsintensiven Unternehmen entlastet und vornehmlich die energie-



intensiven Unternehmen an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligt.



Flankierend ist zur Entlastung der privaten Energieverbraucher ein „Energiegeld“ auszuzahlen, welches weiter unten erläutert wird. Die Bezeichnungen „Energiesteuer“ und „Energiegeld“ sind kurz und prägnant. Sie vermeiden Missverständnisse und weisen auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen beiden Maßnahmen hin.

Die Energiesteuer

Zweck der Energiesteuer ist die Finanzierung des bisherigen Arbeitgeberanteils der Sozialversicherung. Die Ansprüche der Arbeitnehmer an die Sozialversicherung bleiben dabei im vollen Umfang erhalten, aber der Staat übernimmt selbst die Einzahlungen in Höhe des bisherigen Arbeitgeberanteils. Die notwendigen Beiträge holt er sich mit Hilfe der Energiesteuer. Er belastet somit die Unternehmen nicht mehr nach der Zahl ihrer Mitarbeiter, sondern entsprechend ihrem Energieverbrauch.

Um die Wirkung dieser Maßnahme verständlich zu machen, teilen wir die Betriebe einer Volkswirtschaft gedanklich in zwei Gruppen ein. In der ersten Gruppe überwiegt der Produktionsfaktor Arbeit, in der zweiten Gruppe überwiegt der Produktionsfaktor Energie.

- Gruppe 1: Arbeitsintensive Betriebe (vergleichsweise mehr Personal- als Energieeinsatz)
- Gruppe 2: Energieintensive Betriebe (vergleichsweise mehr Energie- als Personaleinsatz)

Entscheidend bei unserem Vorschlag ist, dass im Gegenzug zur Erhöhung der Energiesteuer die Kosten der Arbeit verbilligt werden. Damit gehören alle personalintensiven Unternehmen zu den Gewinnern. Sie werden vergrößert und es gibt Neugründungen. Die Gewinnsituation der energieintensiven Unternehmen hingegen verschlechtert sich. Sie müssen sich entweder auf energiesparende Verfahren umstellen oder werden verkleinert, geschlossen oder wandern ins Ausland ab. Es wird also unter den Unternehmen Gewinner und Verlierer geben. Da die Eröffnung oder Erweiterung arbeitsintensiver Unternehmen mehr neue Stellen schafft, als bei den schließenden oder abwandernden energieintensiven Betrieben verloren gehen, wird im Saldo die Zahl der Arbeitsplätze zunehmen.

Unter den Gewinnern werden viele Unternehmen sein, die sich mit Aufgaben der Zukunftsvorsorge befassen: Schulbildung, Forschung und Wissenschaft, soziale Betreuung, Kultur. Auch staatliche und kommunale Einrichtungen gehören in dieser Hinsicht zu den Unternehmen. Sie wurden bereits weiter oben erwähnt. Hier noch eine Ergänzung: Der Staat als Arbeitgeber könnte endlich seinen Personalbestand aufstocken, z. B. an Schulen und Universitäten. Wie wichtig eine Erhöhung der Lehrerzahlen für die Qualität der Schulausbildung ist, demonstriert der PISA-Spitzenreiter Finnland. Dieses Land setzt - gemessen an den Schülerzahlen - etwa dreimal so viel Lehrer ein wie Deutschland!

Alle Unternehmer können dann ihre Gewinnsituation nicht durch Schließung, sondern durch Eröffnung oder Vergrößerung personalintensiver Unternehmenszweige verbessern. Sie können dann wieder ohne Sorge um ihre Gewinne der „Sozialen Verpflichtung des Eigentums“ nachkommen.

- Grundgesetz, Artikel 14 (2)
„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Nicht zu unterschätzen sind auch zwei weitere positive Folgen:

- Den Arbeitnehmern wird die bedrückende Angst vor plötzlicher Entlassung genommen.
- Die Politik wird befreit von dem vermeintlichen Zwang, jede Neuerung, die möglicherweise einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern könnte, möglichst rasch zu genehmigen, ohne die Möglichkeit einer gründlichen Risikoanalyse. Das betrifft z. B. Genehmigungsverfahren bei der Gentechnik, bei der Embryonenforschung, bei der Entwicklung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, bei der Kernfusion und anderen riskanten Techniken.

Energiegeld als Ausgleich für den Anstieg der Energiesteuer

Knapp ein Drittel des derzeitigen Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Bei einer Erhöhung der Energiesteuern würden somit auch die persönlichen Energiekosten erhöht. Dafür ist ein finanzieller Ausgleich notwendig. Dies ist nicht nur eine Frage der Akzeptanz, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Unser Vorschlag beinhaltet deshalb ein „Energiegeld“, welches aus der Energiesteuer abgezweigt wird. Dieses Energiegeld erhält jeder, vom Säugling bis zum Greis, von der Bettlerin bis zur Millionärgattin, der mit erstem Wohnsitz in Deutschland gemeldet ist. Die Höhe des Energiegelds ist für alle gleich und entspricht den Durchschnitts-Mehrkosten. Wer sparsamer mit Energie umgeht als der Durchschnitt, hat somit einen finanziellen Vorteil, wer mehr Energie verbraucht, hat den Nachteil. Hier entsteht eine Lenkungswirkung zum Energiesparen im persönlichen Bereich.



Konkrete Zahlen

Zur Erläuterung unseres Finanzierungsvorschlages einige konkrete Zahlen zu Steuern, Sozialabgaben und Energieverbrauch:

- **150 Mrd. Lohn- u. Einkommensteuer**
- **140 Mrd. Umsatz- u. Einfuhrumsatzsteuer**
- **167 Mrd. sonstige Steuern und Zölle**
davon 6,60 Mrd. Stromsteuer und
41,8 Mrd. Mineralölsteuer
- **389 Mrd. Sozialbeiträge**
davon 195 Mrd. Arbeitgeberanteil
- **2500 Mrd. kWh Endenergie in Deutschland**
ca. 1660 Mrd. kWh gewerblich
ca. 840 Mrd. kWh privat

Diese Zahlen aus dem Jahr 2002 haben sich seitdem nur geringfügig geändert. Die Aufteilung der Endenergie in gewerblich und privat ist grob geschätzt.

In dem von uns vorgeschlagenen ersten Schritt wird der Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge - 195 Mrd. Euro - durch eine zusätzliche Besteuerung der Energie finanziert. Jede Kilowattstunde gewerblich genutzte Endenergie muss dazu mit einer zusätzlichen Energiesteuer von knapp 12 Cent belegt werden.

$$\frac{195 \text{ Mrd. Euro Sozialbeiträge}}{1660 \text{ Mrd. kWh Endenergie}} = 11,7 \text{ Cent/kWh}$$

Diese knapp 12 Cent ergeben sich aus dem *gegenwärtigen* gewerblichen Energieverbrauch. Wenn aufgrund der Steuererhöhung der Energieverbrauch zurückgeht - z. B. durch Steigerung der Energieeffizienz oder durch Abwanderung energieintensiver Betriebe - muss der Steuersatz erhöht werden. Entsprechend der sogenannten „Preiselastizität“ der Energie wird sich der Energieverbrauch dann schließlich auf einem niedrigeren Niveau einpendeln.

Da der private Energieverbrauch etwa nur die Hälfte des gewerblichen Verbrauchs beträgt, betragen die Steuereinnahmen aus der von Privatpersonen gezahlten Energiesteuer etwa die Hälfte der Steuereinnahmen aus gewerblich genutzter Energie, also etwa 88 Mrd. Euro. Aufgeteilt auf knapp 80 Mio. Einwohner sind dies über 1100 Euro jährlich.

- So ergibt sich ein Energiegeld von knapp 100 Euro pro Monat und Person.

Falls sich das Verhältnis zwischen den von den Privathaushalten und den von den Unternehmen gezahlten Energiesteuern ändert, muss auch dieser Wert nachkorrigiert werden.

Die Rolle der Grundstoffe

Ein Einwand gegen erhöhte Energiesteuern soll hier sogleich ausgeräumt werden: Die in der produzierenden Wirtschaft verwendeten Grundstoffe wie Stahl, Kupfer, Aluminium, Zement, Kunststoffgranulat und viele Grundstoffe aus der Groß-

chemie werden unter hohem Energieeinsatz hergestellt. Zwei Drittel der in der Produktion verwendeten Energie fließt in die Grundstoffherzeugung. Eisenerz wird im Hochofen zu Stahl umgewandelt, Kalksteine im Zementwerk zu Zement. Aus Bauxit wird unter ungeheurem Energieeinsatz Aluminium erzeugt. Personal wird in der Grundstoffindustrie nur in geringem Umfang eingesetzt. Die Preise der Grundstoffe sind deshalb eng an die Energiepreise gekoppelt. Eine Erhöhung der Energiesteuer würde voll auf die Grundstoffe durchschlagen. Da billige Grundstoffe die Voraussetzung für die Massenproduktion darstellen, wird vielfach befürchtet, dass eine Verteuerung der Grundstoffe zu Konjunkturreinbrüchen führen würde.

Unsere Antwort: Billige Grundstoffe steigern zwar den Konsum, die Konjunktur und damit das „Wachstum“ der Wirtschaft, aber sie führen NICHT zur Einstellung von Personal. Billige Grundstoffe und billige Energie sind im Gegenteil die Voraussetzung für eine AUTOMATISIERTE Fertigung mit WENIG Personal. Die billigen Artikel des Massenkonsums werden schon bei kleinen Defekten verschrottet und durch neue Produkte ersetzt, denn Reparaturen „lohnen sich nicht mehr“. So führten die billigen Grundstoffe in der Vergangenheit zum bedauerlichen Aussterben der Instandsetzungsbetriebe und zur Arbeitslosigkeit der dort beschäftigten Handwerker und Facharbeiter. Grundstoffe MÜSSEN deshalb sogar deutlich teurer werden!

Die Behauptung, dass eine Verteuerung der Grundstoffe zur Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen werde, berücksichtigt nicht, dass nach unserem Vorschlag im Gegenzug alle arbeitsintensiven Betriebe entlastet würden. Die Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen werden sinken. Ärztliche Behandlungen und Medikamente werden billiger“, alle Arten von Reparaturen, Haarpflege, Gärtnererzeugnisse, Produkte aus ökologischem Anbau, Holzbauten, kulturelle Angebote, Bildungsangebote, Beratungen, Gerichtskosten, TÜV-Untersuchungen...

Auswirkung der Steuererhöhung auf verschiedene Energieträger

8 Cent/kWh Energiesteuer zum Ersatz des Arbeitgeberanteils der Sozialversicherung plus 4 Cent zur Finanzierung des Energiegeldes ergeben einen steuerbedingten Anstieg der Energiepreise von 12 Cent/kWh. Umgerechnet auf die Hauptenergieträger bedeutet das einen Anstieg von etwa

- 12 Cent/kWh bei Elektrizität
- 100 Cent/Liter bei Diesel, Benzin und Heizöl
- 120 Cent/Kubikmeter bei Erdgas.

Dem steht - wie gesagt - als finanzieller Ausgleich ein zusätzliches Energiegeld von 100 Euro pro Person und Monat gegenüber! Der Einzelne hat es zum großen Teil selbst in der Hand, ob er durch energiebewusstes Verhalten unter dem Strich profitiert oder ob er verliert.



Langsame oder rasche Umstellung?

Bei der Frage, ob die von uns vorgeschlagene Umstellung in kleinen Schritten oder möglichst zügig durchgeführt werden soll, sind zwei gegenläufige Gesichtspunkte zu beachten.

- Bei einer raschen Umstellung lässt es sich nicht vermeiden, dass unternehmerische Entscheidungen der letzten Jahre sich nachträglich als Fehlentscheidungen herausstellen, z. B. die Eröffnung oder Vergrößerung energieintensiver Betriebe oder die Auflösung personalintensiver Betriebe. Aus der Sicht solcher Unternehmen spricht das für eine „behutsame“ Umstellung, die den betroffenen Unternehmen Zeit zur Anpassung gibt. Auch im privaten Bereich würden sich manche Anschaffungen nachträglich als Fehlentscheidungen erweisen, z. B. der Kauf eines spritfressenden Autos.

- Aus der Sicht personalintensiver Unternehmen, die dem gegenwärtigen Trend zum Arbeitsplatzabbau erfolgreich widerstanden haben, wäre hingegen eine rasche Umstellung wünschenswert, und Privatleute, die schon jetzt auf energiesparende Geräte setzen, sich für ein Passivhaus oder ein Dreiliter-Auto entscheiden, hätten einen finanziellen Vorteil.

Entscheidend für eine möglichst rasche Durchsetzung der von uns vorgeschlagenen Umstellung dürften schließlich die dramatischen finanziellen, sozialen und psychologischen Folgen des gegenwärtigen Zustandes sein: Annähernd 5 Mio. Arbeitslose belasten Monat für Monat die Sozialsysteme! Dieser volkswirtschaftliche Aderlass muss RASCH unterbunden werden. In den Betrieben geht die Angst vor Entlassung um. Das soziale Klima wird kälter. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Führungsfähigkeit von Regierung und Parlament schwindet von Monat zu Monat. Wichtig ist deshalb, dass bald konkrete Ergebnisse sichtbar werden.

Ist die Energiesteuer nicht schon jetzt zu hoch?



Die Besteuerung von Energie, z. B. von Diesel und Benzin, wird von Vielen subjektiv als zu hoch empfunden. Doch wir kennen jetzt einen objektiven Maßstab: Produktionsfaktoren müssen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden, damit die Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch Energie aufhört. Die Leistungsfähigkeit ergibt sich aus den oben erwähnten ökonomischen Untersuchungen. Sie sind deshalb für die Versachlichung der Diskussion von unschätzbarem Wert. Aber auch ohne wissenschaftliche Herleitung lässt sich zeigen, dass die Besteuerung von Energie zu gering ist - im Vergleich zur Besteuerung von körperlicher Arbeit. Hierzu ein Beispiel, welches deshalb gewählt wurde, weil es jeder von uns ohne physikalische Kenntnis, allein aufgrund seines eigenen Erfahrungshorizonts auf Plausibilität und zutreffende Größenordnungen überprüfen kann:

Ein Autohändler will einem Kunden in 100 Kilometer Entfernung einen Mittelklassewagen ausliefern. Zur Wahl stehen zwei Möglichkeiten:

1. Das Auto wird mit Motorkraft gefahren. Man benötigt eine

Fahrstunde, braucht 10 Liter Diesel und zahlt dafür eine Mineralölsteuer von 5 Euro.

2. Das Auto wird geschoben. Wenn 3 Personen schieben und 1 Person lenkt, benötigt man 5 Tage und die Bezahlung für 4 Personen. Lohnsteuer und Sozialabgaben (4 Personen x 5 Tage = 20 Arbeitstage) betragen ca. 500 Euro.

	1 Stunde 10 Liter Diesel <u>Mineralölsteuer: 5 Euro</u>
Auto fahren	100 km
	5 Tage 4 Personen <u>Lohnsteuer und Sozialabgaben: 500 Euro</u>
Auto schieben	100 km
<p>5 Euro oder 500 Euro! Das Auto-Schieben durch Arbeitskräfte ist 100 mal höher mit Steuern und Abgaben belastet als das Auto-Fahren mit Dieselmotorkraft.</p>	

5 Euro oder 500 Euro! Fazit: Das Auto-Schieben durch Arbeitskräfte ist 100 mal höher mit Steuern und Abgaben belastet als das Auto-Fahren mit Dieselmotorkraft. Dieser leicht surreal anmutende Vergleich zeigt deutlich das Missverhältnis zwischen der überhöhten Steuer- und Abgabenbelastung von Personal und der völlig unzureichenden Besteuerung von Energie. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Erhöhung der Energiesteuer (wie wir sie vorschlagen) nicht dazu führen kann, dass Unternehmer die Autos schieben lassen würden. Die 10 Liter Diesel würden nach unserem Vorschlag mit je einem zusätzlichen Euro belastet. Die Steuerlast für 100 km Auto-Fahren würde sich somit um 10 Euro auf 15 Euro erhöhen. Die Abgabenlast für das Auto-Schieben würde sich hingegen wegen Wegfalls des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung von 500 Euro auf etwa 330 Euro verringern. Auch unter diesen von uns vorgeschlagenen Bedingungen würde deshalb kein Autohändler das Auto zum Kunden schieben lassen. Wir haben also eine "Dosierung ohne schädliche Nebenwirkung" gefunden. Der Einsatz arbeitserleichternder Maschinen, d. h. die konventionelle Rationalisierung, wird nicht behindert.

Unterschied zwischen Energiesteuer und Maschinensteuer

Zwischen der Energiesteuer und der alten Idee einer Maschinensteuer bestehen Ähnlichkeiten, aber auch entscheidende Unterschiede:

- Unterschiedliche Bemessung

Eine Maschinensteuer besteuert die Anschaffung von Maschinen und belastet somit den Produktionsfaktor Kapital. Die Energiesteuer verteuert den laufenden Betrieb von Maschinen.



- Energieverschwendung oder -einsparung

Eine Maschinensteuer würde sich am Anschaffungspreis der Maschinen orientieren. Es würden somit besonders billige, primitive Maschinen angeschafft. Je primitiver eine Maschine ist, desto höher ist im Allgemeinen ihr Energieverbrauch. Die Energiesteuer hingegen würde energiesparenden Maschinen einen Vorteil verschaffen.

Nationale Vorreiterrolle?

Häufig wird eingewendet, dass eine Erhöhung der Energiesteuer nur im weltweiten - zumindest aber im europäischen - Konsens möglich sei. Die Argumente müssen hier nicht wiederholt werden, da sie sich quasi von selbst anbieten. Weniger bekannt sind Argumente FÜR eine nationale Vorreiterrolle. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen hier vier besonders wichtige genannt werden.

- Geringere Personalkosten erlauben die Einstellung von qualifizierten Lehrern, Ausbildern und Wissenschaftlern für eine Verbesserung des Personalnachwuchses.
- In wenigen Jahren ist eine Explosion der Energiepreise aus Knappheitsgründen zu erwarten. Eine Volkswirtschaft, die sich vorher auf teure Energie umgestellt hat - beispielsweise durch Wärmedämmung von Häusern, kraftstoffsparende Autos, Sonnenkollektoren auf den Dächern usw. - ist für den Anstieg der Energiepreise besser gerüstet. Eine Erhöhung der Energiesteuer wirkt dann wie eine „Schutzimpfung“, die rechtzeitig die körpereigenen Abwehrkräfte mobilisiert.
- Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nicht durch niedrigere Preise durchsetzen - dazu ist unser Lohnniveau zu hoch - sondern nur durch höhere Qualität und durch Innovationen. Neuentwicklungen müssen allerdings bedarfsgerecht sein. Früher bestand Bedarf an Maschinen, die die menschliche Arbeitskraft ersetzen. Inzwischen aber haben die industrialisierten Länder Arbeitskräfte mehr als genug, stattdessen kündigt sich ein Mangel an Energie an. Deshalb werden zunehmend energiesparende Techniken gefragt werden. Ein Land, dessen Energiepreise höher sind als die der Nachbarn, bringt energiesparende Techniken zur Serienreife, die ihm bei einem weiteren Anstieg der Energiepreise einen Exportvorteil verschaffen.

- Höhere Energiepreise führen zu höheren Grundstoffpreisen. Bei einem nationalen Alleingang werden energieintensiv hergestellte Grundstoffe vermehrt importiert. Ein Land mit höheren Energiepreisen schont somit seine natürliche Ressourcen (Bodenschätze).

Verantwortung der Volkswirtschaftslehre

Die konventionelle Volkswirtschaftslehre zeigt bisher keine Bereitschaft, das Ungleichgewicht zwischen Faktorkosten und Produktionsmächtigkeiten (Produktionselastizitäten) als Antriebsmotor für die ständige Substitution von Arbeit durch Energie anzuerkennen. Sie geht vielmehr weiterhin von der Fiktion aus, dass die Produktionsmächtigkeiten mit den Faktorkosten stets im Gleichgewicht stünden.

Mit dieser falschen Grundannahme lässt sich natürlich nicht erklären, wie es zur laufenden Substitution von Arbeit durch Energie und damit zum Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Die Weigerung vieler Volkswirtschaftler, die oben genannten Arbeiten zur empirischen Bestimmung der Produktionsmächtigkeiten auch nur zu diskutieren, erinnert fatal an die Vorgänge, als die Drehung der Erde um die Sonne nur von wenigen Wissenschaftlern (z. B. Kopernikus o. Galilei) erkannt, von ihrer Mehrheit jedoch geleugnet wurde. Während aber der damalige wissenschaftliche Streit keine unmittelbaren Folgen für die Masse der Bevölkerung hatte, leidet heute gerade die Masse der Bevölkerung unter den politischen Fehlentscheidungen, die aus dem Unverständnis der Wissenschaft bzw. der wissenschaftlichen Berater - der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ - herrühren. Solange diese nicht anerkennen, dass Energie den Produktionsfaktor Arbeit in seiner Leistungsfähigkeit weit übertrifft, obwohl Energie vergleichsweise nur so wenig kostet, solange fehlen auch einer sozial engagierten Politik alle Sachargumente für eine höhere Besteuerung der Energie. Der populistischen Behauptung, dass Energie schon jetzt viel zu hoch besteuert werde, kann sie nichts entgegenzusetzen. Dies zeigt sich in tragischer Weise beim Versanden der ökologischen Steuer- und Finanzreform, deren Befürwortern auf politischer Ebene schlicht die Argumente ausgegangen sind, obwohl das Projekt vom Ansatz her richtig ist.

Zusammenfassung

Energie ist ein Produktionsfaktor.

Der Produktionsfaktor Energie ist leistungsfähiger und billiger als menschliche Arbeit. „Arbeit“ wird deshalb durch „Energie“ substituiert:

1. durch klassische Rationalisierung (Arbeitserleichterung)
2. durch Eröffnung energieintensiver Unternehmen (mit weniger Arbeitsplätzen) im Produktionsbereich. Im Gegenzug Schließung oder Verkleinerung personalintensiver Unternehmen im Instandsetzungs- und Dienstleistungsbereich (auch Ausbildung, Forschung, Wissenschaft etc.), deren Aufga-

ben (häufig der Zukunftssicherung) dann unerledigt bleiben.

Unser Vorschlag:

Erhöhung der Energiesteuern zur Finanzierung des Arbeitgeberanteils für die Sozialversicherung unterbindet die Arbeitsplatzvernichtung nach Punkt 2.

Zum Ausgleich der Steuererhöhung im privaten Bereich ist ein Energiegeld für jeden Einwohner vorzusehen, für dessen Refinanzierung ein Drittel der Energiesteuer verwendet werden soll.



Umsteuern durch Energiesteuern

Eine Alternative zu Neoliberalismus und Neokeynesianismus

Von Jürgen Grahl

Deutschland wird gebeutelt von tiefen Krisen: Die Arbeitslosenzahlen pendeln um die 5-Millionen-Marke, die Staatsschulden laufen aus dem Ruder, die Sozialsysteme stehen vor dem Kollaps, und nun muss sogar die „Zukunftsressource“ Bildung tiefgreifende Einschnitte über sich ergehen lassen. Man fühlt sich bei dieser trostlosen Situationsbeschreibung beinahe in die Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bei Kriegsende zurückversetzt. Wie ist dies eigentlich möglich? Immerhin ist unser Bruttoinlandsprodukt (BIP), unsere Wertschöpfung so hoch wie nie zuvor - und zwar nicht etwa nur nominal, sondern auch real, also inflationsbereinigt; selbst die oftmals für die Krise verantwortlich gemachte Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer hat bisher nicht zu einem Rückgang der Wertschöpfung geführt, sondern lediglich zu einer Verlangsamung von deren Anstieg. Sofern man das BIP in grober Näherung als Wohlstandsindikator akzeptiert, müsste es „uns“ also eigentlich so gut gehen wie nie zuvor. Warum müssen „wir“ dann überall sparen? Warum fehlt allenthalben das Geld für Bildung, soziale Absicherung und andere Gemeinschaftsaufgaben? Die meisten Analysen sind sich in ihrer Antwort einig: Wir leiden an einer schlimmen „Wachstumsschwäche“; seit drei Jahren haben wir fast gar kein Wachstum mehr, unsere Wirtschaft „stagniert“. Hört man solche Worte, so drängt sich unterbewusst der Eindruck auf, es würde seit drei Jahren nichts oder fast nichts mehr produziert, obwohl „Nullwachstum“ doch nur bedeutet, dass zwar nicht mehr als im Vorjahr erwirtschaftet wird - aber auch nicht weniger! Das Bild von der „auf der Stelle tretenden“ Wirtschaft, die zum „Tabellenschlusslicht“ in Europa verkommen sei, ist ähnlich schief, als würde man dem Weltmeister im Hochsprung vorwerfen, dass er seine Bestleistung seit drei Jahren fast nicht mehr verbessert habe, während jeder Anfänger spielend Steigerungen von mehreren Zentimetern jährlich schaffe. Völlig verkannt wird dabei, dass in einer beschränkten Welt auf Dauer kein exponentielles Wachstum durchhaltbar ist, dass es vielmehr aufgrund von Basis- und Sättigungseffekten völlig natürlich ist, wenn die Wachstumsraten allmählich auf Null absinken. (Eingehend ist die Wachstumsproblematik in [5] diskutiert.)

Wie aber ist es möglich, dass es uns bei geringem Wachstum von Jahr zu Jahr schlechter geht (und nicht etwa noch genauso gut wie im Vorjahr), dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt (und nicht wenigstens auf dem bisherigen Niveau verharrt), dass Bildung und soziale Sicherungssysteme noch unfinanzierbar werden und die Staatsverschuldung vollends



Dr. rer. nat. Jürgen Grahl, geboren 1972, ist am Mathematischen Institut der Universität Würzburg tätig, seit Januar 1999 Ansprechpartner der SFV-Infostelle in Würzburg und seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des SFV.

***Wieso sind die Zeiten so schlecht,
obwohl unser Bruttoinlandsprodukt
höher ist als je zuvor?***

aus dem Ruder läuft? Wieso sind die Zeiten so schlecht, obwohl unser BIP höher ist als je zuvor und lediglich nicht „schnell genug“ weiter wächst? Diese doch eigentlich so naheliegenden Fragen werden in der öffentlichen Diskussion praktisch nie gestellt; wir haben uns völlig daran gewöhnt, dass unser „Wirtschaftsmotor“ nur reibungslos funktioniert, solange er auf einem „Wachstumspfad“ von durchschnittlich 3 % Wachstum pro Jahr gehalten wird - so als ob ein Automotor nur so lange rundlaufen würde, wie man die Benzinzufuhr ständig erhöht. Wie aber kommt es zu dieser regelrechten Wachstumsabhängigkeit?

Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ist heute noch immer weitgehend an den Faktor Arbeit gekoppelt, sei es in direkter Form über Löhne und Gehälter oder in indirekter Form über aus lohnbezogenen Beiträgen finanzierte Sozialleistungen.

Und auch die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben einschließlich der Bildung erfolgt größtenteils über Steuern auf den Faktor Arbeit. In der Bundesrepublik trugen im Jahre 2002*) zum Gesamtsteueraufkommen von 441,7 Milliarden Euro die Lohn- und Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag 149,9 Milliarden, die Umsatzsteuern 138,2 Milliarden, die Mineralölsteuer 42,2 Milliarden, die Gewerbesteuer 23,5 Milliarden, die Stromsteuer 5,1 Milliarden und die Körperschaftsteuer 2,9 Milliarden bei [13]; die Sozialbeiträge beliefen sich auf 389,0 Milliarden Euro [14]. Historisch erklärt sich diese Fokussierung auf den Faktor Arbeit aus der Idee, die benötigten Gelder dort abzuschöpfen, wo die Wirtschaft ihren „Antrieb“ bezieht, nämlich bei der menschlichen Arbeitskraft. Den Realitäten einer modernen Wirtschaft wird ein solches Steuersystem jedoch nicht mehr gerecht: Längst erfolgt der Antrieb unserer Wirtschaft nicht

*) Die Zahlen aus dem Jahr 2002 haben sich seitdem nur geringfügig geändert. Es geht hier um die Größenordnungen.



mehr primär durch menschliche Arbeit, sondern durch den Einsatz von Energie in ihren diversen Formen: zur Verrichtung mechanischer Arbeit in Maschinen und Robotern, zur Informationsverarbeitung in Computern und - was oft übersehen wird - als Prozessenergie zur Herstellung von Grundstoffen in der chemischen Industrie, den Aluminiumschmelzen, Zementfabriken etc. Der Endenergieumsatz der Wärmekraftmaschinen in der Bundesrepublik entspricht der Arbeitsleistung von ca. 780 Millionen Schwerstarbeitern; für jeden Bundesbürger arbeiten im Schnitt 10 „Energiesklaven“ (wobei dieses Bild insofern irreführend ist, als es die Prozessenergie ausblendet, die sogar den Löwenanteil ausmacht). Von den Wirtschaftswissenschaften wird die überragende Bedeutung der Energie jedoch weitgehend ignoriert; diese sind bis heute in der Falle einer längst veralteten Begriffsbildung gefangen, billigen der Energie nicht einmal den Status eines eigenen Produktionsfaktors zu - als solche werden wie zu Zeiten von Adam Smith (1723-1790) noch immer unverdrossen lediglich Kapital, Arbeit und Boden angesehen. Wir sind somit in der tragischen Situation, unser Problem nicht einmal angemessen zu benennen, weil wir heute noch mit den Begrifflichkeiten der präindustriellen Zeit operieren, in der nicht nur die Bedeutung der Energie weit von ihrer heutigen entfernt, sondern der Begriff der Energie noch nicht einmal bekannt war! (Der wurde erst Anfang des 19. Jahrhunderts geprägt.)

Der tatsächliche Stellenwert der Energie als Produktionsfaktor wurde durch ökonometrische Untersuchungen von R. Kümmel, W. Eichhorn, J. Henn und D. Lindenberger (siehe [8], [9] und [10]) quantifiziert. Als Maß für die Leistungsfähigkeit eines Produktionsfaktors, für seinen „Beitrag“ zur Gesamtwertschöpfung wird dabei die sog. Produktionsmächtigkeit (Produktionselastizität) verwendet; diese gibt das Gewicht an, mit dem (prozentuale) Veränderungen im Einsatz des betreffenden Faktors auf die gesamte Wertschöpfung durchschlagen. Die Produktionsmächtigkeiten sind dimensionslose Größen zwischen 0 % und 100 %; eine Produktionsmächtigkeit von 0 % würde bedeuten, dass ein Mehr- oder Mindereinsatz des betreffenden Faktors die Wertschöpfung überhaupt nicht beeinflusst und der betreffende Faktor insofern völlig irrelevant ist; hingegen würde - um den anderen (ebenso hypothetischen) Extremfall zu betrachten - eine Produktionsmächtigkeit von 100 % bedeuten, dass sich die Wertschöpfung völlig im Gleichschritt mit dem betreffenden Faktor entwickelt und dieser insofern der allein bestimmende ist. Die in der Realität zu beobachtenden Produktionsmächtigkeiten liegen natürlich irgendwo zwischen beiden Extremen, zwischen 0 und 100 %. Addiert man die Produktionsmächtigkeiten aller im jeweiligen Modell berück-

**Von den Wirtschaftswissenschaften
wird die überragende Bedeutung der
Energie weitgehend ignoriert**

**Der Faktor Energie ist etwa fünfmal
„produktiver“ als menschliche Arbeit,
obwohl er nicht einmal ein Zehntel der
Kosten verursacht.**

sichtigten Produktionsfaktoren, so erhält man 100 %. Aus den Zeitreihen der beobachteten Faktoreinsatzmengen für Kapital, Arbeit und Energie sowie der realen (inflationsbereinigten) Wertschöpfung haben Kümmel, Eichhorn, Henn und Lindenberger nun mit mathematischen Optimierungsverfahren die Produktionsmächtigkeiten empirisch bestimmt. Für den Faktor Energie ergibt sich hiernach in Deutschland im Mittel der Jahre 1960 bis 1989 eine Produktionsmächtigkeit von 44 %, für menschliche (Routine)arbeit hingegen eine Produktionsmächtigkeit von nur noch 9 %; der Rest entfiel auf den Faktor Kapital (36%) sowie den Einfluss menschlicher Kreativität (11 %), d.h. nicht quantitativ, aus der Veränderung des Faktoreinsatzes erklärlichen Fortschritt [9]. Ähnliche Werte wurden für die USA und Japan ermittelt. Bestätigt wurde dies durch Analysen von R. Ayres und B. Warr [1], die mit diesem Modell die Wirtschaftsentwicklung der USA im gesamten 20. Jahrhundert allein durch das Zusammenspiel von Kapital, Arbeit und Energie bis auf geringe Abweichungen von maximal 12 % erklären konnten, während die neoklassische Wachstumstheorie hier völlig versagt und gerade einmal 12,5 % des im Zeitraum 1909 bis 1949 beobachteten Wirtschaftswachstums quantitativ fassen kann, die „restlichen“ 87,5 % hingegen, das sog. Solow-Residuum, dem nicht genauer erklär- und quantifizierbaren „technischen Fortschritt“ zuschreiben muss, der „praktisch wie Manna vom Himmel“ falle ([3], 113). (Ähnliches gilt übrigens für die während der Ölkrise beobachteten massiven Konjunkturerinbrüche, die aus der neoklassischen Wachstumstheorie heraus nicht angemessen erklärt werden können.)

Die genannten Produktionsmächtigkeiten stehen in einem eklatanten Missverhältnis zu den Kosten der beiden Faktoren:

Auf den Faktor Arbeit entfallen in den westlichen Industrienationen etwa 65 % der Produktionskosten, auf den Faktor Energie lediglich etwa 5 %. Vereinfacht ausgedrückt bedeuten diese Werte: Eine Ausweitung des Einsatzes an Arbeit um z.B. 10 % (bei konstantem Einsatz von

Kapital und Energie) lässt die Wertschöpfung im Mittel über die gesamte Volkswirtschaft nur um 0,9 % steigen (nämlich um 9 % von 10 %), die Kosten jedoch um 6,5 % (nämlich um 65 % von 10%); hingegen bewirkt eine Erhöhung des Energieeinsatzes um ebenfalls 10 % (bei gleichbleibendem Einsatz von Arbeit und Kapital) eine Steigerung der Wertschöpfung um durchschnittlich 4,4 %, erhöht die Kosten aber lediglich um 0,5 %. Der Faktor Energie ist also etwa fünfmal „produktiver“ als menschliche Arbeit, obwohl er nicht einmal ein Zehntel der Kosten verursacht. Doch im Gegensatz zur menschlichen Arbeit wird die von der Energie derart billig ermöglichte Wertschöpfung bisher nur in fast vernachlässigbarem Umfang



zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben und des Sozialstaates herangezogen!

Diese Zahlen machen die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verständlich: die Ersetzung von teurer - zudem hoch besteuert - und relativ ineffektiver menschlicher Arbeitskraft durch billige und effektive „Energiesklaven“ im Zuge von Rationalisierung und Automatisierung. Hierbei werden fortlaufend Arbeitskräfte „freigesetzt“ (wie die massenhafte Vertreibung von Menschen in die soziale Ungewissheit der Arbeitslosigkeit oftmals so euphemistisch umschrieben wird), die nur dann an anderer Stelle unterkommen können, wenn die Volkswirtschaft insgesamt schnell genug expandiert, wenn also an anderer Stelle neue Betriebe entstehen. Erfahrungsgemäß ist dies erst ab der sog. „Beschäftigungsschwelle“ von 2,5 % bis 3 % Wachstum der Fall: So viel Wachstum wird Jahr für Jahr benötigt, nur um die Arbeitslosigkeit wenigstens konstant zu halten - und noch mehr Wachstum, um sie allmählich abzubauen. Dies ist der tiefere Hintergrund des von den Ökonomen geforderten „Wachstumpfads“. Und da der Faktor Arbeit, wie eingangs erwähnt, die Hauptquelle, den zentralen „Transmissionsriemen“ gewissermaßen, für die Verteilung des Erwirtschafteten und die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben darstellt, führen niedrigere Wachstumsraten zu einer permanenten Zuspitzung der Krise der Sozialversicherungen und der Staatsfinanzen, also dazu, dass immer weniger Geld für Bildung und Forschung, Gesundheit, Renten, Umweltschutz und andere Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung steht.

Wie kann es sein, dass diese Zusammenhänge in der gegenwärtigen „Reform“-Diskussion fast nie thematisiert werden? Zum einen rührt es daher, dass wir Rationalisierung und Automatisierung mit „Fortschritt“ identifizieren und entsprechend kritiklos willkommen heißen - die notwendige Anpassung unseres veralteten Steuersystems an die veränderten Bedingungen einer modernen Wirtschaft aber „vergessen“ haben. Zum anderen suggeriert die gängige Formulierung von der „gestiegenen Arbeitsproduktivität“, dass die erwirtschafteten Zuwächse allein dem Faktor Arbeit zu danken seien, und ignoriert den maßgeblichen Beitrag, den die Energie hierzu geleistet hat; „gestiegene Arbeitsproduktivität“ bedeutet jedoch lediglich, dass für die gleiche Wertschöpfung jetzt weniger menschliche Arbeit benötigt wird (bzw. dass mehr produziert werden muss, um noch genauso viel Arbeit einsetzen zu können!); im (hypothetischen) Extremfall einer vollautomatisierten Fabrik wäre die Arbeitsproduktivität unendlich hoch!

**Der Sozialstaat hat kein Ausgaben-
sondern ein Einnahmeproblem**

**Die Anpassung unseres Steuersystems an
die Bedingungen einer veränderten Wirtschaft wurde vergessen.**

In Ermangelung tiefergehender Erklärungen werden zumeist die angebliche „Kostenexplosion“ bei den Sozialleistungen und die demographische Entwicklung für die derzeitigen Probleme verantwortlich gemacht. Beides ist nicht stichhaltig: Zwar sind die absoluten Kosten der Sozialkassen in den letzten Jahrzehnten gestiegen, aber stets in erstaunlichem Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung. *„Die Sozialleistungsquote, also der Teil des BIP, der für Soziales ausgegeben wird, hat sich [..] seit 1975 nicht wesentlich verändert. Sie lag und liegt bei rund 30 %. Selbst die viel beschworenen Lasten und Kosten der deutschen Einheit und eine Rekordarbeitslosigkeit haben die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote (34 %) nur marginal über das Niveau der 70er Jahre steigen lassen.“* (Boxberger / Klimenta [2], S. 67 f.) Im Jahr 2001 lag die gesamtdeutsche Sozial-

leistungsquote immer noch bei 32,1 % [15]. Von einer „Kostenexplosion“ kann also keine Rede sein. Explodiert sind allerdings die Beitragssätze: von ca. 27 % im Jahre 1975 auf derzeit 42 % - unvermeidliche Folge der Erosion der traditionellen Finanzierungsbasis, des Faktors Arbeit. Dies macht deutlich, dass der Sozialstaat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem hat, und es widerlegt auch die These von den demographiebedingten „Lasten“. In einer Gesellschaft mit einer günstigeren Altersstruktur gäbe es zwar weniger Rentner - aber auch mehr Arbeitssuchende im erwerbstätigen Alter und somit (unter heutigen Rahmenbedingungen!) noch mehr Arbeitslose. Die demographische Entwicklung belastet zwar die Rentenkassen, entlastet aber in etwa gleichem Maße die

Arbeitslosenversicherung. (In der Tat ist die Frühverrentung ja in den letzten Jahren bis an die Grenze des Missbrauchs genutzt worden, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.) Die „Überalterung“ der Gesellschaft

für die Krise der Sozialsysteme in Haftung zu nehmen, geht an der tieferen Ursache vorbei - an der Tatsache, dass unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht genügend Arbeit für alle angeboten wird, auf die sich die Finanzierung des Sozialstaats stützen ließe. Gleiches lässt sich übrigens auch über die aktuell diskutierten Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, früherer Einschulung und einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit sagen, denen die Hoffnung auf mehr Beitragszahler zugrundeliegt. Alle diese Maßnahmen würden den Arbeitsmarkt noch mehr belasten und sind in einer Zeit von über vier Millionen Arbeitslosen schlicht deplaciert - ganz zu schweigen davon, dass die sich in solchen Vorschlägen andeutende Reduktion von menschlichen Individuen auf beitragszahlendes „Humankapital“ (oder sollte man sagen „Menschenmaterial“?) einer modernen Gesellschaft unwürdig ist.

Angesichts der extremen Schiefelage zwischen Arbeit und Energie verblasst übrigens die heutige Arbeitslosigkeit (und



damit Finanzierungs Krise) gegenüber der uns noch drohenden geradezu: Ohne konsequentes Gegensteuern bewegen wir uns in Richtung einer 20:80-Gesellschaft, in der nur noch 20 % Arbeit finden, 80 % aber schlechtweg nicht mehr gebraucht werden und durch „tittytainment“, eine „Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung“ ([11], S. 13), durch eine moderne Form von „Brot und Spiele“ also, davon abgehalten werden sollen, aus Frust alles kaputtzuschlagen. (Die Vorhersage einer 20:80-Gesellschaft entstammt nicht etwa der Hysterie von Globalisierungsgegnern, sondern einer von Michail Gorbatschow organisierten, hochkarätig besetzten Konferenz von 500 Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern der ganzen Welt in San Francisco im September 1995; vgl. [11]) Und selbst wenn sich diese Prognose als zu pessimistisch erweisen sollte: Auch „nur“ eine „40:60-Gesellschaft“ wäre mehr als desaströs.

Jetzt wird auch einsichtig, weshalb die maßgeblichen wirtschaftspolitischen Konzepte unserer Zeit, sowohl der bis in die 1970er Jahre dominante nachfrageorientierte Keynesianismus als auch der seither scheinbar alternativlos herrschende angebotsorientierte Neoliberalismus, keine adäquate Antwort auf die heutigen Krisenerscheinungen haben (siehe hierzu ausführlich [6]): Bei beiden

auf den ersten Blick so konträr wirkenden Ansätzen handelt es sich letztlich um „trickling down“-Theorien, denen es in erster Linie um die Förderung des Wachstums geht - in der selbstverständlichen Erwartung, dieses werde automatisch allen zugute kommen. Sie unterscheiden sich lediglich in den Methoden, wie sie Wachstum stimulieren wollen: Der Neoliberalismus will durch Steigerung der Unternehmensgewinne, Deregulierung und „Entfesselung“ der Marktkräfte Investitionen ermöglichen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen sollen, während die (Neo-)Keynesianer auf eine Dämpfung der Konjunkturschwankungen durch antizyklische Haushaltspolitik, Wirtschaftsankurbelung durch staatliches „deficit spending“ sowie die Förderung der Binnennachfrage setzen.

Der Denkfehler im neoliberalen Ansatz, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze das Investitionsklima zu verbessern, liegt darin, dass Investitionen heute nur noch bedingt in den Faktor Arbeit fließen: In Deutschland wird seit 30 Jahren etwa ebenso viel in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen investiert wie in Arbeitsplätze schaffende Kapazitätserweiterungen; erst an der Beschäftigungsschwelle, jenen magischen 3 % Wachstum pro Jahr, gewinnen die Erweiterungsinvestitionen allmählich die Oberhand. Auch eine Entlastung der Unternehmen ändert nichts an der relativen Unrentabilität der menschlichen Arbeit gegenüber Kapital und Energie: Arbeitsplätze entstehen nicht aus „karitativen“ Motiven, weil sich die Unternehmen diesen „Luxus“ aufgrund ihrer Gewinnsituation gewissermaßen „leisten“ könnten, sondern nur dann, wenn es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist - was unter den gegenwärtigen

Rahmenbedingungen allzu häufig nicht der Fall ist. Es wird oft über die angeblich fehlende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund des hohen Lohnniveaus geklagt - weitgehend zu Unrecht, immerhin ist Deutschland nach wie vor Exportweltmeister; der wesentlich bedeutsamere Verdrängungswettbewerb zwischen den Produktionsfaktoren hingegen wird komplett vernachlässigt. Die Börsen hingegen haben das Gefälle in den Produktionsmächtigkeiten zumindest intuitiv längst erkannt, was daran deutlich wurde, dass sie während des Booms der 1990er Jahre die Ankündigung von Massenentlassungen regelmäßig mit wahren Kursfeuerwerken honoriert haben.

Auch die (neo-)keynesianischen Vorschläge, zur Konjunkturankurbelung neue Schulden in Kauf zu nehmen, kränken an der unkritischen Übernahme des Wachstumspfadparadigmas. Zwar handelt es sich bei der Idee der antizyklischen Haushaltspolitik um einen durchaus richtigen und vernünftigen Ansatz, der den USA (im Rahmen von Franklin D. Roosevelts „New Deal“) aus der Weltwirtschaftskrise heraushalf, während in Deutschland die prozyklische Sparpolitik Brüning zu einer drastischen Verschärfung der Krise führte. Aber die heutige Situation ist mit der damaligen nicht vergleichbar. Wäre die heutige Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt, dann wäre (vorübergehendes!) staatliches „deficit spending“ zur Wirtschaftsankurbelung in der Tat sinnvoll. Von konjunktureller Arbeitslosigkeit kann aber bei weiterhin, wenn auch „nicht schnell genug“ wachsender Wirtschaft nicht die Rede sein; vielmehr ist unsere Arbeitslosigkeit weitgehend strukturell bedingt, durch die Schieflage zwischen Arbeit und Energie. Dass dennoch allenthalben von „Konjunkturschwäche“ und „lahmender Wirtschaft“ gesprochen wird, ist eine Folge der unhaltbaren Vorstellung vom auch langfristig einzuschlagenden „Wachstumspfad“ von 3 % pro Jahr; so wird bereits ein Absinken auf 0,5 % oder 1 % als „Wirtschaftseinbruch“ wahrgenommen, der dann eine staatliche Neuverschuldung rechtfertigt. Die Grenze zwischen „guten“ und „schlechten“ Zeiten wird völlig falsch gezogen; sie wird nicht etwa, wie es vernünftig wäre, durch die Nulllinie („Nullwachstum“) markiert, sondern durch jenen „Wachstumspfad“ von 3 %. Die Konsequenz: Seit über 30 Jahren haben wir fast nur noch schlechte Zeiten, weil wir jene 3 % schlechtweg nicht mehr erreichen, müssen daher die Wirtschaft permanent „ankurbeln“ und nehmen dazu von Jahr zu Jahr immer gigantischere Schulden auf. Diese würden wir auch tilgen, sobald mal wieder „gute“ Zeiten kämen; nur: Die guten Zeiten wollen partout nicht kommen - unvermeidliche Folge unserer verzerrten Betrachtungsweise. Das Ganze ist aus zwei Gründen fatal: Zum einen bedeuten die damit verbundenen Zinszahlungen (derzeit 38 Milliarden Euro pro Jahr allein auf die Bundesschuld) eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, von der Gesamtheit der Steuerzahler hin zu

**Neoliberalismus und
Neokeynesianismus unterscheiden sich
lediglich in den Methoden,
wie sie Wachstum stimulieren wollen.**

turell bedingt, dann wäre (vorübergehendes!) staatliches „deficit spending“ zur Wirtschaftsankurbelung in der Tat sinnvoll. Von konjunktureller Arbeitslosigkeit kann aber bei weiterhin, wenn auch „nicht schnell genug“ wachsender Wirtschaft nicht die Rede sein; vielmehr ist unsere Arbeitslosigkeit weitgehend strukturell bedingt, durch die Schieflage zwischen Arbeit und Energie. Dass dennoch allenthalben von „Konjunkturschwäche“ und „lahmender Wirtschaft“ gesprochen wird, ist eine Folge der unhaltbaren Vorstellung vom auch langfristig einzuschlagenden „Wachstumspfad“ von 3 % pro Jahr; so wird bereits ein Absinken auf 0,5 % oder 1 % als „Wirtschaftseinbruch“ wahrgenommen, der dann eine staatliche Neuverschuldung rechtfertigt. Die Grenze zwischen „guten“ und „schlechten“ Zeiten wird völlig falsch gezogen; sie wird nicht etwa, wie es vernünftig wäre, durch die Nulllinie („Nullwachstum“) markiert, sondern durch jenen „Wachstumspfad“ von 3 %. Die Konsequenz: Seit über 30 Jahren haben wir fast nur noch schlechte Zeiten, weil wir jene 3 % schlechtweg nicht mehr erreichen, müssen daher die Wirtschaft permanent „ankurbeln“ und nehmen dazu von Jahr zu Jahr immer gigantischere Schulden auf. Diese würden wir auch tilgen, sobald mal wieder „gute“ Zeiten kämen; nur: Die guten Zeiten wollen partout nicht kommen - unvermeidliche Folge unserer verzerrten Betrachtungsweise. Das Ganze ist aus zwei Gründen fatal: Zum einen bedeuten die damit verbundenen Zinszahlungen (derzeit 38 Milliarden Euro pro Jahr allein auf die Bundesschuld) eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, von der Gesamtheit der Steuerzahler hin zu



den Vermögenden; zudem verstärken die immer drückenden, durch den Zinseszinsseffekt dramatisch eskalierenden Zinslasten die Wachstumsabhängigkeit noch weiter, da nur durch weiteres Wachstum die Belastung halbwegs erträglich, die Zinszahlungen finanzierbar gehalten werden können. Zum anderen bleibt das solchermäßen viel zu teuer bezahlte Wachstum ohne erkennbare positive Auswirkungen, vermag allenfalls den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas zu bremsen. Ein neuerlicher kräftiger „Schluck aus der Pulle“, eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung würde die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Angesichts des Schuldenabgrunds, an dem wir heute schon stehen, sind diesbezügliche Überlegungen (wie sie auch die aktuelle Diskussion um die Steuerreform geprägt haben) bestenfalls als Ausdruck völliger Verzweiflung und Ratlosigkeit zu interpretieren. Des weiteren verkennen die Neokeynesianer, dass die von ihnen ebenfalls propagierten Lohnerhöhungen zur Stärkung der Binnennachfrage das oben beschriebene Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie weiter vergrößern und damit den Rationalisierungsdruck, der auf der Arbeit lastet, noch erhöhen würden. Auch in dieser Hinsicht mutet der neokeynesianische Ansatz wie ein verzweifelter Versuch an, sich in Münchhausenscher Manier am Schopf der Problemursachen aus dem Sumpf der Probleme herauszuziehen.

Beide Konzepte, das keynesianische wie das neoliberale, sind also im Paradigma fortdauernden Wirtschaftswachstums gefangen; die unreflektierte gedankliche Identifikation von „Wachstum“ mit positiv besetzten Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Aufschwung“ hat den Blick darauf verstellt, wie sehr uns die Schieflage zwischen Arbeit und Energie geradezu zu Sklaven des Wachstums gemacht hat. Diesen grundlegenden Strukturfehler unseres Wirtschaftssystems durch eine Ankurbelung der Konjunktur lösen zu wollen, ist in etwa so sinnvoll, als würde man eine blockierende Bremse am Auto nicht reparieren, sondern zur Kompensation der erhöhten Reibung immer stärkere Motoren einbauen.

Fassen wir zusammen: Bei den heutigen Krisenerscheinungen handelt es sich nicht um eine Wirtschaftskrise im eigentlichen Sinne; vielmehr sind sie Ausdruck einer tiefen strukturellen Schwäche des Faktors Arbeit, die aus dem Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie resultiert. Angesichts der hauptsächlichlichen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben über Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit hat diese strukturelle Schwäche dazu geführt, dass die gleichermaßen wichtigen Ziele „Schaffung von Arbeitsplätzen“ einerseits und „Finanzierung“ von Sozialstaat, Bildung usw. in einen vermeintlich unauflösbaren Grundkonflikt geraten sind: Um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, müsste Arbeit „attraktiver“, sprich billiger werden, was den Abwurf des „sozialen Ballastes“

gebieten würde, also die Preisgabe des zweiten Ziels!

Um die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben dauerhaft zu sichern, ist es daher dringend geboten, dafür endlich auch den Faktor mit der höchsten Produktionsmächtigkeit, die Energie, heranzuziehen und im Gegenzug die Arbeit zu entlasten. Dies entspricht dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, das in Deutschland Verfassungsrang genießt, nun allerdings von den Individuen auf die Produktionsfaktoren übertragen werden muss. Die heutige Lohn- und Einkommenssteuer wie auch die Sozialabgaben müssen größtenteils durch Energiesteuern abgelöst werden. Selbstredend ist eine solch fundamentale Umstellung nicht über Nacht zu bewerkstelligen, sondern muss in relativ kleinen Schritten über einen Zeitraum mehrerer Jahrzehnte geschehen, wie es das Konzept der „ökologischen“ Steuerreform vorsieht. (Wie der skizzierte, gänzlich ohne ökologische Argumente auskommende Ansatz zeigt, ist diese Namensgebung eigentlich unglücklich weil irreführend. Wir behalten sie aus „historischen Gründen“ und in Ermangelung eines anderen allgemein akzeptierten Begriffs dennoch vorerst bei, schlagen aber als mögliche Alternative die Bezeichnung „Arbeitsentlastungssteuer“ vor.) Auch aufgrund ungeschickter „Vermittlung“ und inkonsequenter Umsetzung - Man denke an die allzu weit gefassten Ausnahmeregelungen ausgerechnet für die personalschwachen und energieintensiven Betriebe! - ist dieses Konzept leider weiterhin in Misskredit geraten. Es sei darum noch einmal ausdrücklich betont, dass es dabei nicht um ein kurzfristiges Stopfen von Haushaltslöchern geht, sondern um eine aufkommens- und verteilungsneutrale (!) Anpassung unseres aus dem 19. Jahrhundert stammenden Steuersystems an die Realitäten einer modernen Wirtschaft, dar-

um, die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wieder auf ein solides, langfristig tragfähiges Fundament zu stellen.

Unreflektierte gedankliche Identifikation von „Wachstum“ mit positiv besetzten Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Aufschwung“ ... macht uns zu Sklaven des Wachstums.

Die wichtigsten Einwände gegen dieses Konzept sollen im folgenden kurz diskutiert werden:

1. Oft ist zu hören, es sei sinnlos, sich wie die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts gegen Rationalisierung und Automatisierung aufzulehnen. Darum geht es aber gar nicht: Soweit die Ersetzung menschlicher Routinearbeit durch Maschinen und Computer ein Mehr an Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht, wäre es falsch, sie aufhalten zu wollen; schon gar nicht soll Schwerstarbeit wieder von Maschinen auf menschliche Arbeiter zurückverlagert werden. Es geht vielmehr darum, die mittels Maschinen und Computern geschaffene Wertschöpfung angemessen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Dies wird es möglich (und finanzierbar!) machen, die Menschen vorwiegend dort einzusetzen, wo sie ihre wahren menschlichen Potenziale entfalten können: Im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder in wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen kreati-



ven Berufen - alles Bereiche, in denen bereits heute an sich genügend Arbeit vorhanden wäre, für die aber das Geld fehlt. Ferner wird die heute schier unbezahlbare (arbeitsintensive) Reparatur von Geräten mit oft nur geringfügigen Defekten gegenüber der ressourcenverprassenden Produktion neuer Geräte wieder lohnenswert. Und ganz nebenbei wird durch das Schließen der Schere zwischen Brutto und Netto der Anreiz zur Schwarzarbeit reduziert.

2. Immer wieder wird die angebliche Unmöglichkeit nationaler Alleingänge ins Feld geführt. Diese Argumentation übersieht, dass es zu keinen Mehrbelastungen, sondern nur zu einer Umschichtung der Belastung kommt, welche für die Volkswirtschaft insgesamt keine Wettbewerbsnachteile mit sich bringt. Vielmehr wird ein Strukturwandel ausgelöst, hin zu sinkender Energieintensität und steigender Arbeitsintensität; insgesamt wird die Arbeitsmarktbilanz der Reform ausgesprochen positiv sein. Um nur ein konkretes Beispiel zu geben: Anstelle in Massenproduktion gefertigter billiger, aber kurzlebiger Wegwerfprodukte werden verstärkt wieder qualitativ hochwertige, langlebige und reparaturfreundliche Produkte angeboten werden. Dadurch entstehen nicht nur neue Arbeitsplätze, insbesondere bei kleinen und mittelständischen Betrieben, z. B. im Handwerk; es eröffnen sich für die deutsche Wirtschaft sogar zusätzliche Exportchancen; das Gütezeichen „Made in Germany“ kann dadurch zu seinem früheren Glanz zurückfinden.

Auch in Nachbarländern, in denen die Reform noch nicht eingeführt wurde und deshalb geeignete Reparaturwerkstätten noch nicht wieder entstanden sind, kann Reparaturfreundlichkeit dennoch ein Verkaufsargument werden. Das Angebot einer Grundüberholung defekter Geräte im deutschen Herstellerwerk und das Angebot vollständig überholter, neuwertiger Austauschgeräte mit erneuerter Garantie kann den Export beleben.

Dann würde es sogar zu verschmerzen sein, wenn (im ungünstigsten Fall!) etwa die Aluminiumindustrie mit ihren vergleichsweise wenigen Beschäftigten abwandern sollte. Wichtig hierbei ist allerdings, dass bei den „Verlierern“ dieses Strukturwandels die Arbeitsplätze nicht schneller vernichtet werden, als sie bei den „Gewinnern“ neu entstehen; dies wird durch die schrittweise Umsetzung der Reform gewährleistet. Ob es auch möglich ist, die hier postulierte weitgehende Umschichtung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie im Alleingang über vielleicht dreißig Jahre durchzuhalten, sei

dahingestellt, da dies eine akademische Frage ist: Zum einen wird eine stärkere Energiebesteuerung bereits heute in zahlreichen europäischen Ländern praktiziert (u. a. in Großbritannien, Schweden, den Benelux-Staaten und Spanien) - wenn auch eher halbherzig; vor allem aber wird ein Land, das eine entschlossene Vorreiterrolle übernimmt, nicht lange allein bleiben: Wenn nach einigen Jahren die positiven Auswirkungen der Reform offenkundig werden, werden auch die anderen Länder nachziehen.

3. Weiter werden höhere Energiepreise häufig als unsozial bezeichnet. Das Gegenteil ist richtig: Die skizzierte Reform hilft, den sozialen Frieden zu bewahren, indem sie zur Stabilisierung der Sozialsysteme und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Durch sinkende Personalkosten werden soziale Dienstleistungen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich wieder bezahlbar. Der Einwand, Energieverteuerung sei unsozial, lässt wiederum außer Acht, dass im gleichen Maße Steuern und Abgaben gesenkt werden, sich also an der Gesamtbelastung nichts ändert. Wichtig (gerade auch im Hinblick auf die Akzeptanz) ist in diesem Zusammenhang,

Es geht vielmehr darum, die mittels Maschinen und Computern geschaffene Wertschöpfung angemessen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Dies wird es möglich (und finanzierbar!) machen, die Menschen vorwiegend dort einzusetzen, wo sie ihre wahren menschlichen Potenziale entfalten können: im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder in wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen kreativen Berufen - alles Bereiche, in denen bereits heute an sich genügend Arbeit vorhanden wäre, für die aber das Geld fehlt.

dass die Reform nicht nur *aufkommensneutral* erfolgt (die Energiesteuereinnahmen also vollständig zurückgegeben werden), sondern auch *verteilungsneutral* ausgestaltet wird, es also nicht zu einer systematischen Umverteilung z.B. zwischen Haushalten und Unternehmen oder zwischen Arbeitenden und Rentnern kommt. (Das Kriterium der Aufkommensneutralität erfüllt die rot-grüne Ökosteuer weitgehend, das der Verteilungsneutralität leider nicht: Anders als die Beitragszahler, die ja von sinkenden Rentenbeiträgen profitieren, erhalten Rentner und andere Bezieher von Transfereinkommen keine Kompensation - also etwa eine Rentenerhöhung - für die steigenden Energiepreise.) Unter dem Strich belastet wird allerdings derjenige, der überdurchschnittlich viel Energie verbraucht; er kann dies freilich in vielen Fällen durch energiesparendes Verhalten ausgleichen. Insofern können die meisten Menschen zu einem beträchtlichen Teil selbst Einfluss darauf nehmen, wie hoch ihre Aufwendungen für Energie sind (wohingegen die heutigen Sozialbeiträge durch individuelles Verhalten nicht beeinflusst werden können). Zugegeben ist dies nicht immer in jedem Einzelfall möglich, was mitunter doch zu gewissen Härten führen könnte. Diese werden jedoch durch die behutsame, schrittweise Umsetzung der Reform über viele Jahre, welche den Bürgern genügend Zeit gibt, sich auf die Veränderungen einzustellen, auf ein Minimum reduziert. In keiner Weise vergleichbar sind solche vereinzelt (und vorübergehenden)



Härten mit den (dauerhaften!) Grausamkeiten, die aus der neo-liberalen Gruselkiste drohen. Übrigens muss Energiesparen keineswegs mit Einschränkungen und Verlust an Lebensqualität verbunden sein, sondern kann z. B. auch den Umstieg auf verbrauchsärmere Autos oder Haushaltsgeräte bedeuten; dieser Umstieg kann angesichts der nur allmählich steigenden Energiepreise im Zuge ohnehin anstehender Ersatzinvestitionen erfolgen und bleibt somit auch für weniger gut Betuchte erschwinglich.

4. Ein durchaus berechtigter Einwand ist hingegen der folgende: Die gegenwärtige Steuerprogression bei der Lohn- und Einkommensteuer ermögliche es, höhere Einkommen auch prozentual stärker zu belasten und auf diese Weise den „starken Schultern“ mehr aufzubürden als den schwachen; dieses ausgleichende und umverteilende Element fehle bei der Energiebesteuerung. Aber dieses Problem ist leicht lösbar: Es genügt, die Entlastungen auf den Bereich der kleinen und mittleren Einkommen zu konzentrieren. Dies ist z. B. durch eine Senkung des Eingangssteuersatzes und Erhöhung des Grundfreibetrages erreichbar. Davon profitieren alle Einkommen - auch die höheren, denn auch für diese sinkt (selbst bei gleichbleibendem Spitzensteuersatz!) der für die Steuerbelastung allein maßgebliche durchschnittliche Steuersatz. Auf diese Weise bleibt die ausgleichende Funktion des Einkommenssteuertarifs vollständig erhalten. Die Ökosteuereinnahmen für eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes zu verfrühstücken, wäre hingegen in der Tat unsozial und verantwortungslos.

5. Man hört oft mit abfälligem Unterton, die Einnahmen aus der Ökosteuer würden ja „nur“ zum Stopfen der Löcher in den Rentenkassen verwandt, nicht oder nur zu einem kleinen Teil für ökologische Projekte. Dieses Argument verkennt völlig die oben aufgezeigte ökonomisch-soziale Bedeutung der Reform; zudem ist es auch für die ökologische Wirkung der Steuer nicht erforderlich, dass die erzielten Einnahmen dem Umweltschutz zugute kommen; der ökologische Effekt liegt vielmehr bereits in der Lenkungswirkung steigender Energiepreise und der Verteuerung der energieintensiv hergestellten Grundstoffe. Für konkrete ökologische Projekte gibt es oftmals eigene, teilweise sogar noch bessere Förderinstrumente, für die Markteinführung der erneuerbaren Energien z.B. das EEG.

6. Hartnäckig hält sich schließlich auch die Behauptung, die Verquickung von ökologischer Zielsetzung und Finanzierung der Sozialversicherung sei ein grundlegender Strukturfehler, denn sobald die beabsichtigte Lenkungswirkung eintrete, würden die für die Rentenkasse benötigten Einnahmen versiegen, die Ökosteuer entziehe sich somit ihre eigene Besteuerungs-

grundlage. Dies ist arithmetischer Unsinn, denn natürlich lässt sich der Energieverbrauch lediglich verringern, niemals aber auf Null absenken; selbst wenn wir auf lange Sicht z. B. 70 % einsparen können, werden auch dann noch 30 % für die Besteuerung zur Verfügung stehen. Dass die Steuersätze, bezogen auf die Energieeinheit, dann entsprechend höher liegen müssen, um die gleichen Gesamteinnahmen zu erzielen, ist völlig unproblematisch, da sich ja der Verbrauch im gleichen Maße reduziert hat: Wenn in 20 Jahren die Autos nur noch 3 Liter Benzin (bis dahin hoffentlich aus nachwachsenden Rohstoffen!) auf 100 km benötigen, dann darf der Liter auch 3 Euro kosten, ohne den Autofahrer mehr zu belasten als heute. Zudem bedeutet sinkender Verbrauch nicht-erneuerbarer Energien eine Entlastung des Staates von den externen Kosten der Energienutzung (z. B. Kosten durch Umweltschäden), die an die Bürger weitergegeben werden kann. Wichtig wird es allerdings sein, auch die erneuerbaren Energien der Besteuerung zu unterwerfen, denn sonst würde in der Tat nach der vollständigen Ablösung von Kohle und Atom die Besteuerungsbasis entfallen (siehe hierzu ausführlich [7]).

Die Einbeziehung der Energie in die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wird das zentrale, aber keineswegs das einzige Instrument des hier skizzierten Politikentwurfs sein. So muss z. B. auch der Faktor Kapital wieder weitaus konsequenter als heute besteuert werden; insbesondere sind weder der Verzicht auf die Vermögensteuer zu rechtfertigen noch die immer weitergehende Senkung des Spitzensteuersatzes. Dringend geboten ist die Heranziehung des Faktors Kapital nicht nur zur Kompensation der zinsbedingten Umverteilung von unten nach oben; sie ist auch gerechtfertigt durch die bereits

erwähnte hohe Produktionsmächtigkeit des Faktors Kapital (36 %), hinter der die Produktionsmächtigkeit der menschlichen Arbeit (9 %) weit zurückbleibt. Leider wird die politische Umsetzbarkeit einer angemessenen Kapitalbesteuerung derzeit durch die extreme Mobilität des Kapitals massiv er-

schwert: Angesichts der Furcht vor Kapitalflucht sind die einzelnen Staaten zunehmend erpressbar geworden, werden in immer neue Steuersenkungswettläufe hineingezwungen, weil ihnen niedrige Steuereinnahmen lieber sein müssen als überhaupt keine Einnahmen. Dieses Dilemma wird sich letztlich wohl nur durch die Einigung auf internationale Mindeststeuersätze völlig lösen lassen. (Hingegen kann die Energiebesteuerung wie erwähnt auch im nationalen Alleingang durchgeführt werden.) Andererseits wird aber die Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie zu einer strukturellen Stärkung des Faktors Arbeit führen, die Überlegenheit des Faktors Kapital reduzieren und es damit zumindest erleichtern, diesen ebenfalls wieder stärker zur Finanzie-

Der ökologische Effekt liegt in der Lenkungswirkung steigender Energiepreise und der Verteuerung der energieintensiv hergestellten Grundstoffe. Für konkrete ökologische Projekte gibt es oftmals eigene, teilweise sogar noch bessere Förderinstrumente, für die Markteinführung der erneuerbaren Energien z. B. das EEG.



rung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Ebenso wird die mit einer Energieverteuerung einhergehende Verteuerung der Transporte nicht nur mancherlei ökologisch fragwürdige Auswüchse unterbinden - so reist z. B. ein Erdbeerjoghurt im Schnitt 3.500 km weit, bis er auf den Tisch des Kunden gelangt ([12], S. 150) -, sie wird auch die aus einem unkontrollierten Freihandel resultierenden Konzentrations- und Globalisierungszwänge entschärfen, die heute die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Demokratien einengen, und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen. Die Energieverteuerung baut gewissermaßen ein dämpfendes, stabilisierendes Element in ein aufgrund seiner eigenen Hypereffizienz zum Überschwingen neigendes System ein - ähnlich wie es die von den Globalisierungskritikern um Attac propagierte Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen im Bereich der Finanzmärkte beabsichtigt.

Indem die skizzierte Reform die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben vom Faktor Arbeit entkoppelt und auf eine breitere Grundlage stellt, ermöglicht sie es, die Wachstumsabhängigkeit unseres Wirtschaftssystems zu überwinden und politische und gesellschaftliche Entscheidungsfreiheit zurückzugewinnen. Wie allenthalben zu beobachten, unterliegt die Politik derzeit mannigfachen teils vorgeschützten, vielfach aber doch sehr realen „Sachzwängen“; Erich Fromm charakterisierte unsere Lage bereits 1955 in [4] mit dem Emerson-Zitat *„Die Dinge sitzen im Sattel und reiten die Menschheit.“* Meist werden diese Sachzwänge von dem Bemühen diktiert, Arbeit um beinahe jeden Preis zu schaffen oder zu erhalten: Rüstungsexporte werden mit dem Arbeitsplatzargument genauso gerechtfertigt wie das übereilte Durchpeitschen neuer, in ihren Auswirkungen noch völlig unübersehbarer Technologien wie etwa der Gentechnik. Das verzweifelte Hoffen auf den dringend benötigten „Innovationsschub“ beraubt uns der Freiheit, in Ruhe erst einmal die Chancen und Risiken abzuwägen und ethische Probleme eingehend zu diskutieren. Stattdessen müssen wir dem „Fortschritt“ hinterherhecheln, um nur ja nicht den Anschluss zu verpassen. Bedenken hiergegen werden mit exakt dem Argument beiseite gewischt, mit dem in dem Film *„Der Pate“* ein Mafioso auf Vorbehalte seines Bosses gegen die Beteiligung am Heroin-„Geschäft“ geantwortet hat: *„Wenn wir da nicht einsteigen, dann tun es die anderen.“* In einer auf die skizzierte Weise von ihrer Wachstumsabhängigkeit geheilten Wirtschaft werden derartige Sachzwänge weitgehend entfallen; die Gesellschaft gewinnt die Freiheit zurück, erst einmal für sich selbst zu definieren, was sie als Fortschritt erachtet und umsetzen will und was nicht, und sodann einen entsprechenden Entwicklungspfad anstelle des monotonen und phantasielosen „Wachstumspfades“ einzuschlagen; oder ist das wirklich noch Fortschritt, der uns zu seinem Gefangenen macht, wenn wir ihm nicht schnell genug folgen auf dem Weg „aufwärts“?

Wie wir gesehen haben, rühren die momentanen Krisenerscheinungen und Sparzwänge nicht daher, dass zu wenig erwirtschaftet würde, sondern daher, dass der Transmissions-

mechanismus für die Verteilung des Erwirtschafteten nicht mehr richtig funktioniert, dass die falsche Quelle angezapft wird. Es ist daher nicht nötig, die Wirtschaft mühsam immer weiter anzukurbeln; vielmehr genügt es, den so schnell wie nie zuvor, aber in falscher Richtung fahrenden Wirtschaftstanker wieder auf den richtigen Kurs zu legen. Umsteuern durch Energiesteuern heißt daher das Gebot der Stunde!

Literatur:

- [1] Ayres, Robert; Warr, Benjamin: Accounting for growth: the role of physical work, in: Reappraising Production Theory, Workshop of the Max Planck Institute for Research into Economic Systems, Jena 2001
- [2] Boxberger, Gerald; Klimenta, Harald: Die 10 Globalisierungslügen, dtv, München 1998
- [3] Frenkel, Michael; Hemmer, Hans-Rimbert: Grundlagen der Wachstumstheorie, Vahlen, München 1999
- [4] Fromm, Erich: Wege aus einer kranken Gesellschaft, dtv, München 1955
- [5] Grahl, Jürgen: Wachstumsfetischismus. in: Solarbrief 1/03 S. 15-26
- [6] Grahl, Jürgen: Vom Elend der konventionellen Wirtschaftstheorien Oder Die Vernachlässigung des Produktionsfaktors Energie; in: Solarbrief 4/03 S.22-30
- [7] Grahl, Jürgen: Steuerbefreiung für regenerative Energien? in: Solarbrief 3/01, S. 24-26
- [8] Kümmel, Reiner: Energie und Kreativität, Teubner, Leipzig 1998
- [9] Kümmel, Reiner; Henn, Julian; Lindenberger, Dietmar: Capital, labor, energy and creativity: modeling innovation diffusion, in: Structural Change and Economic Dynamics 13 (4) 2002, S. 415-433
- [10] Lindenberger, Dietmar; Eichhorn, Wolfgang; Kümmel, Reiner: Energie, Innovation und Wirtschaftswachstum in: Zeitschrift für Energiewirtschaft 25 (2001), S. 273 - 282
- [11] Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt, Reinbek 1998
- [12] Weizsäcker, Ernst Ulrich von; Lovins, Amory und Hunter: Faktor Vier: Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch, Droemer Knauer, München 1995
- [13] Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten im Kalenderjahr 2002
- [14] Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen-Einnahmen und Ausgaben des Staates
- [15] Deutscher Bundestag: Sozialleistungsquote ist im letzten Jahr leicht angestiegen, Internet-Veröffentlichung 2002

G 8058

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Absender:

**Solarenergie-Förderverein
Deutschland e.V. (SFV)**

Bundesgeschäftsstelle
Herzogstraße 6
52070 Aachen

Ewiges Wachstum ist nicht möglich

Ein neues Konzept